

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. 1950-1951 1950**

41 (11.10.1950)

## Deutsche Devisenschulden wachsen

### EPU-Tranchen verbraucht - Passivität des Handels mit dem Sterlingblock und Frankreich Rohstoffbestände reichen noch - Lustlose Börsen - Schumanplan kommt nicht weiter

An der Berühmung, die seit dem Sieg der UNO-Truppen in Südkorea wieder in die Welt eingesogen ist, hat sich bis jetzt nichts geändert. Die Überschreitung des 38. Breitengrades am Montag durch die UNO-Truppen ist zwar ein neues Unschickelstaktum, aber allgemein wird man zufriedener. Es fiel uns allerdings auf, daß im gleichen Zeitpunkt, in dem mit Sicherheit feststand, daß dieser 38. Breitengrad überschritten wurde, die Kautschuk- und Baumwollpreise ruckartig wieder stark anstiegen, obwohl die USA-Börse keine neuen Kautschuk- und Baumwollkündigungen getätigt hatte — und vorläufig auch weiterhin nicht beabsichtigt. Die keineswegs erschöpfenden Meldungen aus Indochina, kommen gar spärlich und tropfenweise durch den Filter der Nachrichtenagenturen. Auch bei sich bis zur Stunde noch nicht feststellend, ob man wirklich nordvietnamesische Truppen in libanesisches Gebiet eingeschickt hat. Die Formosa-Frage steht auf der Tagesordnung der UNO-Vollversammlung, obwohl in wirklich hundertfacher Mehrheit der nordvietnamesische und der nordchinesische Vertreter dagegen waren. Also Asien macht doch irgendwie weiter Sorgen. Auch in Europa ist die Situation, die sich aus dem eigenartigen Wahlkampf in der Ostzone ergibt, keineswegs erfreulich. Die heftigsten Maßnahmen der nationalsozialistischen Regierung haben doch irgendwie eine bedenkliche Seite.

#### Valutasorgen

Auch auf Finanzpolitischen Gebiet sind die Sorgen nicht geringer. Die kanadische Regierung hat durch ihre Ansetzung der Kurs des kanadischen Dollars sich, frei nach Angebot und Nachfrage suspendieren zu lassen, praktisch einer Aufwertung des kanadischen Dollars nicht

entgegengesetzt. Die immer wiederholten Demütigungen aus England, das Pfund würde nicht aufgewertet, glaubt man, je öfter sie gemacht werden, nicht, insbesondere erinnert sich die Welt des Demütigten von Herrn Cripps 3 Tage bevor das Pfund abgewertet wurde (September 1948). Immerhin gibt die Reise eines hohen Beamten des britischen Schatzamtes nach den USA in diesem Zeitpunkt zu denken. Aber auch wenn man nicht dabei an eine Änderung der Pfund-Valutierung denkt, ist diese Reise bedeutsam, denn die amtliche Begründung für diese Reise geht dahin, der englische Unterhändler solle mit dem Amerikaner darüber verhandeln, wie die USA dem Engländern helfen könnten, die zusätzlichen 35 Mrd. Dollar, die das Aufbauprogramm in England erfordert, aufzubringen. Und wie in neuer Aufmachung? Wir registrieren diese Reise, um evtl. später daran anknüpfen zu können, wenn auch wir Hilfe beanspruchen müssen für die Opfer, die wir für die Verteidigung der westlichen Welt auf uns nehmen müssen (bekanntlich sprach der amerikanische Kommandeur Mc Cloy am Montag in seiner Rundfunkansprache an die deutsche Bevölkerung von solchen Opfern).

#### Schuman-Plan in der Sackgasse

Zu diesen Sorgen treten für uns Deutsche aus unseren internationalen Beziehungen neue und besondere hinzu. Das ist zunächst der Schuman-Plan, der sich hörbar festgefahren hat. Man sprach lange nicht mehr von ihm — wir registrieren das — und als man wieder von ihm sprach, war er bereits festgefahren. An zwei Punkten hängt es: 1. Können die Deutschen sich

nicht bereit erklären, ihren Inlandpreis für Kohle und Eisen entsprechend den französischen Vorschlägen zu erhöhen. Wir befinden uns, wie jeder weiß, in einer Lebensbewegung, die härteste Form angenommen hat, wie der Streik der Binnenbeschäftigten zur Zeit zeigt. Die Bundesregierung bemüht sich mit allen Kräften, Preissteigerungen zu bremsen. Sie streift nicht einmal vor Strafandrohungen zurück. In einer solchen Situation ist es selbstverständlich aus-

### In dieser Nummer:

- Deutsches Vermögen im Ausland
- Schiffbaufinanzierung noch schwierig
- Autobussen nicht zu steil!
- Der „Kometen“
- Preissteigerungen in Frankreich
- Das englische Stahlexperiment
- Hafen-Taxieren an Österreichs Überseehandel
- Italien Produktion steigt

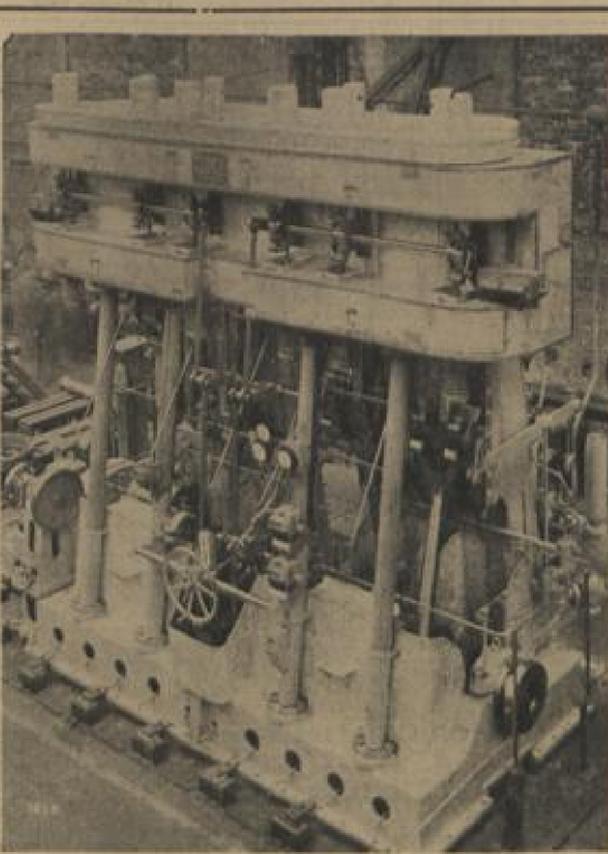
bestimmen, einen so wichtigen Preis, wie den für Kohle und Eisen, zu erhöhen. Auch auf längere Sicht gesehen geht das nicht. Der zweite Punkt ist mehr organisatorischer Art: Es wurde vorgeschlagen, die Kohle- und Eisenindustrie Frankreichs, Deutschlands, und der Benelux in Gruppen aufzulösen, wobei jede Gruppe etwa 30 Mill. t Kohle und 5 Mill. t Stahl als Jahreskapazität erhalten soll. Diese Gruppenaufteilung auf deutsche Verhältnisse übertragen, würde ein Zerstückeln der im Ruhrgebiet herrschenden Verbundbetrieb erwi-

reist, einen so wichtigen Preis, wie den für Kohle und Eisen, zu erhöhen. Auch auf längere Sicht gesehen geht das nicht. Der zweite Punkt ist mehr organisatorischer Art: Es wurde vorgeschlagen, die Kohle- und Eisenindustrie Frankreichs, Deutschlands, und der Benelux in Gruppen aufzulösen, wobei jede Gruppe etwa 30 Mill. t Kohle und 5 Mill. t Stahl als Jahreskapazität erhalten soll. Diese Gruppenaufteilung auf deutsche Verhältnisse übertragen, würde ein Zerstückeln der im Ruhrgebiet herrschenden Verbundbetrieb erwi-

reist, einen so wichtigen Preis, wie den für Kohle und Eisen, zu erhöhen. Auch auf längere Sicht gesehen geht das nicht. Der zweite Punkt ist mehr organisatorischer Art: Es wurde vorgeschlagen, die Kohle- und Eisenindustrie Frankreichs, Deutschlands, und der Benelux in Gruppen aufzulösen, wobei jede Gruppe etwa 30 Mill. t Kohle und 5 Mill. t Stahl als Jahreskapazität erhalten soll. Diese Gruppenaufteilung auf deutsche Verhältnisse übertragen, würde ein Zerstückeln der im Ruhrgebiet herrschenden Verbundbetrieb erwi-

reist, einen so wichtigen Preis, wie den für Kohle und Eisen, zu erhöhen. Auch auf längere Sicht gesehen geht das nicht. Der zweite Punkt ist mehr organisatorischer Art: Es wurde vorgeschlagen, die Kohle- und Eisenindustrie Frankreichs, Deutschlands, und der Benelux in Gruppen aufzulösen, wobei jede Gruppe etwa 30 Mill. t Kohle und 5 Mill. t Stahl als Jahreskapazität erhalten soll. Diese Gruppenaufteilung auf deutsche Verhältnisse übertragen, würde ein Zerstückeln der im Ruhrgebiet herrschenden Verbundbetrieb erwi-

Fortsetzung auf Seite 2



Unsere aktuelle Reportage ist in dieser Ausgabe der Deutschen Industrie-Ausstellung in Berlin gewidmet. Das Bild hier zeigt den in Berlin ausgestellten Schiffbauern von Boras.

## Opfer und Leistungsfähigkeit

Auf der einen Seite steht die Erklärung des amerikanischen Hochkommissars McChoy, daß die Verteidigung Europas Opfer auch von Deutschland verlange, auf der anderen Seite die Erklärung Erhard's, der Lebensstandard der deutschen Bevölkerung werde nicht herabgesetzt werden. Zunächst erweisen diese beiden Aussagen rühmlich widerspruchsvoll. Gewiß gibt es auch nichtunsterbliche Opfer, so z. B. die jetzt durch den Befehl zum Räumen von 11 Kasernen in der amerikanischen Zone erlassene Wohnungsverordnung und die psychologischen Schwierigkeiten, die durch die Eingliederung der DP's in die deutsche Wirtschaft heraufbeschworen werden.

Jedoch wollen wir uns nicht darüber täuschen, daß auch materielle Opfer gefordert werden. Schon die Polizeitruppe kostet einiges. Wir haben uns an dieser Stelle schon einmal vor 14 Tagen mit den möglichen zusätzlichen Belastungen beschäftigt und wollen heute nicht wieder Zahlen nennen. Es gibt uns vielmehr darum, einen Weg aufzuzeigen, wie wir trotz der Opfer und Belastungen, die von uns verlangt werden, den Lebensstandard der Deutschen unverändert lassen, ja sogar steigern können. Dabei sei vorausgeschickt, daß es schon ein Opfer bedarf, wenn wir auf die Erhöhung des Lebensstandards unseres Volkes verzichten; denn dieser Lebensstandard ist der geringste in Westeuropa. Es ist also keineswegs selbstverständlich, daß wir auf eine Erhöhung des Lebensstandards verzichten. Es wäre auch keineswegs klug zu sagen, unser augenblicklicher Lebensstandard sei hoch genug und er müsse niedriger sein als der der Siegerstaaten. Das hat man uns noch vor einigen Jahren immer wieder gesagt.

Man darf auch nicht vergessen, daß sich manche soziale Tatsachen der Berechnung in einem Lebensstandardindex verstoßen. Da ist in erster Linie an die Wohnungsentlastung zu denken. Wie viele Deutsche heute noch hausen, kann nicht einmal als der Minimalstand eines Europäers angesprochen werden. Das Zusammenpressen der Menschen in den Wohnungen ist ein Faktum gegen den Standard, aber ein Lebensstandardindex zeigt sich dies als ein Faktum für den Lebensstandard; denn die Menschen wohnen heute in den Altbauwohnungen durch die starke Belastung, pro Kopf gerechnet, billiger als im Frieden — also hat sich auf einen für das Einkommen sehr wichtigen Ausgabenteil die Belastung vermindert und somit der Lebensstandard erhöht. Dies ist ein Beispiel dafür, wie leicht der sogenannte Lebensstandard falsch verstanden werden kann.

Ein zweites Beispiel entziffern wir einer vor kurzem veröffentlichten Erklärung von gewerkschaftlicher Seite, jede Preisänderung in einer Branche werde automatisch mit der Kündigung des Tarifvertrages beantwortet mit dem Ziel, eine Lohnerhöhung im gleichen Prozentsatz wie die Preisänderung durchzusetzen. Diese Forderung klingt gerecht und setzt den gegebenen Lebensstandard als etwas zu Erhaltendes vor. Diese Forderung ist aber weder gerecht, noch ist die Voraussetzung wünschenswert. Die Preisänderung in einer bestimmten Branche kann unter Umständen überhaupt so gut wie nichts mit dem Lebensstandard der in ihnen beschäftigten Personen zu tun haben. Es wird sogar in den meisten Fällen schwer sein, eine Beziehung herzustellen. Außerdem wird in den meisten Fällen eine Preisänderung durch die erhöhten Preise der in dem Fabrikat verarbeiteten Rohstoffe entstehen; dabei entsteht also kein größerer Gewinn für den Unternehmer und damit auch kein Spielraum für eine Erhöhung der Löhne (meist wird dieser Spielraum sogar geringer). Eine derart lapidare Forderung entbehrt also der Gerechtigkeit.

Das Zweite, was wir an dieser Forderung kritisierten, war die falsche Voraussetzung,

Es geht nicht darum, den Lebensstandard zu erhalten und mit irgendwelchen Indemittien dieses Erhalten auszuweichen, sondern es muß darum gehen, den Lebensstandard zu erhöhen. Dafür einstritten ist die Pflicht der Gewerkschaften.

Wir sind nun mitten in einer Entwicklung, in der es möglich ist, den Lebensstandard zu erhöhen und doch größere Opfer zu bringen. Genau so wie es einem Industriebetrieb möglich ist, trotz Rohstoffpreiserhöhung und trotz Lohnerhöhung die Produkte zum gleichen Preis zu verkaufen oder zu einem Preis, der im Verhältnis zu den erhöhten Kosten nur wenig erhöht ist, so muß es einer Volkswirtschaft möglich sein, trotz neuer Opfer, die sie für ihre Sicherheit bringt, den Lebensstandard zu erhöhen.

Das ist möglich, wenn man das Sozialprodukt um einen Betrag erhöht, der größer ist als die neue Belastung. Nehmen wir einmal Zahlen, die den Anspruch auf eine gewisse Realität haben: Steigen die Belastungen um etwa 3-4 Mrd. im Jahr und gelangt es uns, das Sozialprodukt um 5-6 Mrd. zu erhöhen, dann würde das zur Erhöhung des Lebensstandards benötigte und zur Verteilung gelangende Sozialprodukt 2 Mrd. oder etwa 20% des deutschen Netto-sozialproduktes betragen. Dies würde, in anderen Zahlen ausgedrückt, bedeuten, daß jeder von uns seine Leistung um etwa 4-7% zu steigern hätte und wir könnten die hohen neuen Opfer tragen und dabei unseren Lebensstandard noch um 2,5% erhöhen. Nach allem, was wir bisher in den Jahren nach der Währungsreform gesetzt haben, ist es nicht ausgeschlossen, daß wir zu einer Mehrleistung von 6-7% in der Lage sind. Es braucht nicht einmal der Mensch allein diese Mehrleistung zu vollbringen, unsere Rationalisierung ist gut, vorwärtsgehendere und manche neu angeschaffte Maschine leistet das Vielfache der demontierten oder restituierten Maschine. Unsere Produktion für das Inland und unser Export steigen in jedem Monat um volle und mehr Prozente. Es ist schwer, und es klingt nicht schön, wenn man von neuen Opfern spricht und sprechen muß, aber „was nicht nicht unbringt, macht mich nur stärker“. Es ist der einzige Weg, den wir gehen können.

Der scheidende Marshallplanverwalter, Paul Hoffman, erklärte Ende voriger Woche in einer Abschiedsrede vor der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, das westeuropäische Sozialprodukt könne in zehn Jahren um 50% erhöht werden. Voraussetzung sei, daß Europa wie die Vereinigten Staaten zu einem einzigen großen Markt werde. Diese Voraussetzung ist nun u. E. noch nicht gegeben und wir können in Deutschland darauf nicht warten, sondern müssen selbst entgegen. Wir halten eine Erhöhung des Sozialproduktes um 6% pro Jahr in Deutschland für möglich — auch wenn England weiter gegen den Schuman-Plan ist. Herr Hoffman gab sehr eindrucksvolle Zahlen: Westeuropa verfügt über 170 Millionen arbeitende Menschen, aber sein Sozialprodukt betrug im Jahr 1949 nur 100 Mrd. Dollar, in den USA ist es umgekehrt: Eine Bevölkerung von 150 Millionen verfügt über ein Sozialprodukt von 300 Mrd. Dollar. Hätte also, so argumentiert Hoffman, Westeuropa die gleiche Produktionsquote wie die USA, dann könnte es ein Sozialprodukt von 450 Mrd. Dollar haben, also rund dreimal so viel wie heute. Nun hat Europa Trümmer und hat jahrzehntelang sein Kapital in Rüstungen gesteckt.

Ein Vergleich ist kaum möglich. Aber die Möglichkeiten zu sehen, heißt hoffen. Wir haben nicht die Hilfsquellen wie die USA, aber wir haben gute Techniker und Chemiker. Wir haben alle Patente verloren, aber Patente unter-

## Berliner Brief: Östliche Perspektiven

### Propagandaschau am Funkmarkt — Es regnet Orden — Ami go home — Tägliche Seufzerpalste — Die Geißel der Inflation — Volksabstimmung

Das alles überstaltende Ereignis der Woche war in Berlin die Eröffnung der Deutschen Industrienausstellung 1950. Es hat der östlich gelenkten Presse offenbar den Atem verschlagen, die ihre Hauptaufgabe gegenwärtig in der „Vorbereitung der Oktoberwahlen“ sieht, und die unermüdlich die kommunistische Gebetsmühle dreht. Immerhin hat sich die Tägliche Rundschau dazu aufgeschwungen, auf der letzten Seite in einem Kommentar von klüglicher Brillensicht zu der Eröffnung der Ausstellung unter dem Motto „Propagandaschau am Funkmarkt“ Stellung zu nehmen. Natürlich ist diese Ausstellung auf Marshall-Befehl veranstaltet worden, und die Tägliche Rundschau „hat einen Blick hinter die Kulissen“. Was sieht sie? Natürlich eine neue pompage Kulisse, eine Kuppelbau von Marshall'schen, die über die politische Propagandaschau mit deren Eröffnungsbüchchen eine halbe Million DM kostete und deren Gesamtkosten auf etwa 2 Mill. DM geschätzt werden, ein Schaufenster Westdeutschlands, an dem sich der Arbeitstakt der Neuen planwirtschaftlich kann, dekoriert mit den Dollars der Marshall-Hilfe, die vom Steuerzahler, der fast zusammenbricht, als Schuldenlast getragen werden müssen, usw., usw. Diese nicht einmal geschickte Zusammenstellung der üblichen Klischees erwidert wahrheitslieblich selbst den Oesterliner Leser, denn wie wäre es sonst zu erklären, daß nahezu die Hälfte der Besucher der Ausstellung Oesterliner sind (Wir gehen an anderer Stelle auf die Bedeutung der Industrienausstellung näher ein).

Was man also außer öden Anpreisungen zur Industrienausstellung nichts Wesentliches zu sagen, so bleibt innerlich genug Platz für die Oktoberwahl sowohl in den Zeitungen als auch in den Hauswänden. Der Westberliner und Westdeutsche, der sich in den Ostsektor der Stadt verirrt, ist immer wieder erstaunt ob der prächtigen „Aus schmückung“ der Haus- und Rollenfassaden mit „Leuzungen“, deren stofflichen Untergrund man lieber zu fehlenden Textilien verarbeiten sollte. Dem Oesterliner geht es in diesen Fall wie dem Mann, der eine Wohnung neben der H-Jahn bezug, die ersten Wochen nicht schlafen konnte, und nach vier Wochen den Lärm der vorbeifahrenden Züge nicht mehr hörte. Er sieht die Plakate nicht mehr, er wird optisch blind, jedoch nicht politisch, und so haben diese Propagandaschauaktionen in ihrer Einzeligkeit ungewollt das Gute, daß sie für die westliche Lebensauffassung werden.

Es gibt allerdings zwei wesentliche Voraussetzungen, unter denen eine solche Aufwärtsentwicklung möglich ist: Das Vermögen jeden Rückfalls in die Beförderungsbüro ist als einseitig, also den Lebenshaltungskosten sinkende Tendenz zu verhindern, und zweitens der soziale Frieden, für den wir Opfer bringen müssen. Viel Opfer, wobei die materiellen weniger schwer wiegen als die ideellen, aber der soziale Frieden ist ein Opfer — ist eine Messe wert. H.

welt die Tatsachen mit den Propagandaschauaktionen in einem zu schreienden Gegensatz stehen.

Genosse Ordewald ist gegenwärtig schwer beschäftigt. Er muß Orden verteilen. Eben hat er 43 „verdiente Lehrer des Volkes“ mit Orden bedacht, und nun muß er am Tag der Aktivitäten erneut eine große Zahl von „Helden der Arbeit“ dekorieren. Natürlich durchsucht der aufgeweckte Oesterliner diese Methode, mit der schnell ausgebildete linientreue Lehrer, bei denen es manchmal mit der Rechtschreibung hapert, mag, und Aktivitäten, die sich als die schlimmsten Antriebe für ihre Kollegen erweisen haben, in den Vordergrund der politischen Bühne gedoben werden, Orden, ebenfalls auch in der Sowjetunion als kapitalistische Überbleibsel verfallen, und seitdem nicht nur dort, sondern in allen Diktaturen, auch bei Hitler, zu neuen Ehren gekommen, weil man den Faktor der menschlichen Eitelkeit gerade hier entsprechend zu würdigen weiß und in das politische Spiel einzukalkuliert.

„Ami go home“ leuchtet es von allen Plakaten, und je weiter östlich man kommt, um so häufiger fällt einem diese Parole in die Augen. Es ist nur schade, daß die Angesprochenen sie nicht lesen können, weil sie so selten in diese Gegenden kommen. Im übrigen erweckt sie dem Anschein, als wenn der „beste Freund des deutschen Volkes“ von der Bevölkerung des Ostsektors und Ostdeutschlands händelndes Gedächtnis wird, doch ja nicht fortzugehen. Es liegt vielleicht an den Besonderheiten der russischen Sprache, daß nicht schon längst die Gegenparole „Iwan geh nach Hause“ auf der Bildfläche erschienen ist. Trotz aller Bemühungen scheint die Erwerbung russischer Sprachkenntnisse nicht zu den dringendsten Anliegen der Bevölkerung Ostdeutschlands und Ostberlins zu gehören. Wenn man sich auf einem solchen Plakat im Bahnhof Baumschulenweg, jedoch ganz verstreut, zu schreiben, „Adenauer sagt „Ami komme“, wir sagen „Ami go home“, so erweckt das sicherlich Ideenassoziationen bei manchen Berlinerinnen, die das „Frau kommt“ des Iwan nicht nur im Ohr haben, sondern die es mit mancher bitteren Erinnerung verknüpfen.

Die „National-Zeitung“ veröffentlicht jeden Tag ein „Nationales Forum“, das den Lesern als „Seufzerpalast“ zur Verfügung steht. Genossen, an dem Raum, den man dafür einräumt, fehlt es offenbar nicht an Material in dieser Richtung. Da ist ein Personalchef fehl am Platz, weil er für Männer und Frauen haben Kleiderzwang, weil Anzüge und Kleider zu teuer sind, eine Fahrt auf dem Trittbret von Halle nach Weimar gehört zum täglichen Brot, da beschwert man sich, daß die Wochenstunden für Deutsch in der Schule zugunsten des „Gegenwartunterrichtes“ von fünf auf vier gekürzt wurden, daß die Nulstufen der HO keine Nüsse enthält (wie die Phrasen der kommunistischen Propaganda ja auch leer sind), daß ein Urlaub, der vierzehn Tage in Eisenberg verbracht, froh war, wieder anzutreten zu können und so fort bis ins Unendliche jeden Tag. Diese Lektüre ist aufschreiblicher als alle Plakate der offiziellen Propaganda, und sie wird gelesen und verstanden.

Diese Propaganda sieht denn, nicht einmal geschickt aufgezogen, so aus: In der „Täglichen Rundschau“ fordert der „Wähler“ Wolf Meißner aus Rudolstadt „gute Nichtwerbung“. Das ist

die neueste Propagandaschau. Zur Oktoberwahl müssen alle Kräfte isoliert werden. Nach seiner Meinung ist die vorrangigste Aufgabe, den Umstürzern, die in der SAG Kautschuk in Blankenburg arbeiten, etwa 300 Menschen, die in Thüringen „eine neue Heimat gefunden haben“, eine bessere Unterkunft zu beschaffen. Wie hat man nun diese Aufgabe gelöst? Nach der Zuschrift in der TB durch die Übersetzung einer Patenschaft für die Errichtung eines Aufklärungslokals und durch die Aufstellung von 16 Agitationsstelen längs des Fabrikgebäudes, die jedem Wähler die Bedeutung der Oktoberwahlen klarmachen. Das wird die notdürftig untergebrachten Umstürzer besonders freuen. Die „Sichtwerbung“ ist jedenfalls gerettet, und nun kann es ja bei der Wahl nicht fehlen.

Herr Jürgen Kuczynski erregt sich in seiner Artikelserie über die Veränderungen der Wirtschaft in imperialistischen Lager in der „Täglichen Rundschau“ in längeren Ausführungen über die Auswirkung der Inflation auf die Massen der Werktätigen. Nach seiner Meinung vertritt der englische Theoretiker Keynes die Ansicht, daß man nicht die Löhne senken sollte, sondern daß man mit den Lebenshaltungskosten heraufgehoben solle, weil der Arbeiter weniger gereizt sei, zu streiken. Aber, aber, Herr Kuczynski! Sollte es Ihnen entgangen sein, daß dies gerade die Methode der Machtgeber im Osten ist? Dem Arbeiter 1) verdienen zu lassen, und ihn in der HO 1) gegenwärtig bezahlen zu lassen. Man sollte doch vorsichtiger mit wirtschaftlichen Zitierrufen sein.

Wenn man sich scheinheilig in der östlichen Presse die Forderung stellt, in ganz Berlin müßten freie Wahlen stattfinden, Wahlen, vor denen die SED, wahrscheinlich solange die Garantie der westlichen Besatzungsmächte für eine wirklich freie Wahl birgt, die meiste Angst hat, so hat man sich doch nicht entschlossen, wenigstens das östliche Berlin an der Oktoberwahl teilnehmen zu lassen. Hier unter den Augen einer freien Welt kann man den Wahlterror nicht in gleichem Maße die Zügel schlenken lassen, wie das in Ostdeutschland der Fall ist. Mehrern sich doch die Meldungen, nach denen sich ganze Bezugsgebiete der ostdeutschen Industrie geschlossen verpflichtet haben, am 18. Oktober gemeinsam mit „Ja“ zu stimmen. Viel weiter kann man den Zynismus nicht treiben, als zu behaupten, daß diese Wahlen frei seien. Etwas unerwartet für die östlichen Machthaber kam offenbar die Aufforderung der drei westlichen Parteien an die Ostsektorbewohner, den Stammbuchstern der Lebensmittelfabrik für September, der nicht mehr benötigt wird, an das Rathaus Schöneberg zu schicken, um auf diese Weise den Wunsch des ostsektoralen Teils Berlins nach wirklich freien demokratischen Wahlen zu bekunden. Bis jetzt hat diese Aktion keine Gegenaktion der östlichen Seite ausgelöst. Man wird auch wenig gegen diese geheime Abstimmung unternehmen können, und es ist wahrscheinlich nicht überflüssig, wenn man annimmt, daß mindestens 85% der ostsektoralen Bevölkerung ihre Abneigung gegen die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Osten auf diese Weise bekunden werden. Die nächste Woche wird erkennen lassen, welchen Wert die Parole „Ami go home“ in der Meinung der Bevölkerung Oesterlins hat.

Fortsetzung auf Seite 2

schon Zehnen und Stahlwerken bedeuten. Ein Aufleisen dieser erganzlichen und zusehends beträchtlichen Zusammenarbeit würde die Rentabilität gefährden und wird darum von deutscher Seite nicht akzeptiert werden können. Die Verfestigung der deutschen Haltung ist also schon aus diesen beiden Gründen verständlich. Ein psychologisches Moment kommt noch hinzu. Ausgesprochen in die seltene Arbeit an den Seemanns-Plan-Verhandlungen spielte die Erklärung von alliierter Seite, daß die 6 größten Montankonzerne aufgelöst werden müßten (wir berichteten darüber). Dies führte zum Rücktritt von Generaldirektor Rosen von der Gutehoffnungshütte von seiner Zusammenarbeit in dem Seemanns-Plan-Ausschuß. Aus der Rede McCloy am Sonntag war, wenn auch nicht ausgesprochen, herauszuhören, daß sich die Hochkommission gerade diese Zerstückelung der Konzernstruktur gerade durchzuführen beabsichtigt. So ist weder psychologisch noch sachlich ein guter Boden für die Fortsetzung der Seemanns-Plan-Verhandlungen gefunden worden. Die Gerichtigkeit der französischen Presse gegenüber der Wiederbewaffnung Deutschlands kommt als zusätzliche Belastung auch noch auf die negative Waagschale. So ist eine Atmosphäre entstanden, die wenig erfreulich ist.

### Hohe Devisenschuld

Im gleichen Zeitpunkt, da mit rauschenden Fahnen in Torgau 19 Länder über den Aufbau der Zollstrukturen verhandelt und die deutsche Forderung (60% deutsche Liberalisierung) in Kraft gesetzt wird, kommen plötzlich erhebliche Bedenken aus der Devisenstation Deutschlands bei der europäischen Zahlungsunion. Dazu einige Vorbemerkungen: Der rein kommerzielle Außenhandel Deutschlands zeigt seit Mal d. J. einen Aktivsaldo, aber dieser Aktivsaldo wird immer kleiner. Jedoch im Verkehr mit den Ländern der europäischen Zahlungsunion sind wir stark im Defizit geraten. In den ersten 7 Monaten dieses Jahres war der Handel mit England mit 8 Mill. passiv. Dazu kommt das Defizit aus dem Verkehr mit den übrigen Mitgliedern in einer Höhe von 487 Mill. DM. Das Gewicht dieser Verpflichtungen ist um so größer, als die Bundesregierung nicht mit der Auslandshilfe Englands rechnen kann. Eine gewisse Besserung kann der gerade abgeschlossene deutsch-englische Handelsvertrag bringen, aber erst in der Zukunft. Auch aus dem Verkehr mit den übrigen Ländern der Zahlungsunion erzielt Deutschland keine Überschüsse. Der Start der Bundesrepublik innerhalb der Zahlungsunion war deshalb ungünstig. Das hat bereits dazu geführt, daß die erste goldfreie Tranche aufgebraucht ist, und daß auch die zweite Tranche zeitweilig in Anspruch genommen werden mußte. Damit ergeben sich die ersten Goldzahlungsverpflichtungen des Landes gegenüber der Zahlungsunion, die für die zweite Tranche vorläufig 12,8 Mill. Dollar ausmacht.

Damit nicht genug. Im deutsch-französischen Handel sieht es nicht anders aus. Obwohl Deutschland traditionell einen Aktivsaldo gegenüber Frankreich hat, sind wir jetzt gegenüber Frankreich stark passiv und die Zahlungsbilanz zeigt bereits ein 30. Juni einen Debitsaldo von annähernd 40 Mill. Dollar. Bis heute ist dieser Saldo auf etwa 25 Mill. Dollar gesunken. Wenn man nun noch weiß, daß die französischen Wünsche auf eine Einengung der deutschen Ausfuhrmöglichkeiten hinauslaufen, dann kann man sich nicht wundern, daß die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sehr schwierig sind. Hinzu kommt, daß auch der Übergang von der zweitseitigen zur multilateralen Liberalisierung eine für den deutschen Export sehr ungünstige Strukturveränderung des deutsch-französischen Außenhandels mit sich bringen muß, der einen Ausgleich verlangt.

### Länderbank bremst

In dieser ungünstigen Lage unserer Zahlungsbilanz muß — auch nach Auffassung der Bank Deutscher Länder — dem Tempo der Verschuldung der Bundesrepublik gegenüber der europäischen Zahlungsunion Einhalt geboten werden. Trotzdem wird frisch und fröhlich verkündet, daß der interministerielle Einfuhrschuß die Einfuhr von verschiedenen Rohstoffen in Höhe von fast 40 Mill. Dollar beschlossen habe. Es wird von Herrn Erhard erklärt, daß bis zu 2 Mrd. DM für zusätzliche Importe bereitgestellt werden, um den Spekulanten und Horden energisch auf die Finger zu klopfen. Woher nehmen, Herr Erhard, wenn nicht stehlen?

Es gibt zweifellos die Möglichkeit — theoretisch — die Einfuhr aus den Ländern zu fördern, die in der europäischen Zahlungsunion sind und unsere Importe in Länder zu verlagern, bei denen wir keine Schulden haben. Aber je liberaler der Außenhandel wird, um so multilateraler die Prellisten werden, um so weniger frei sind wir in unserer Importpolitik. Das ist ja eben die Tragik im klassischen Sinne genommen: Wir werden unendlich schuldig. Je unschuldiger wir werden, d. h. je liberaler wir unseren Außenhandel betreiben, um so schuldiger werden wir gegenüber der europäischen Zahlungsunion. Je stärker der Bundeswirtschaftsminister seine Schuld abbahrt, die durch die Preissteigerungen entstanden ist, und je mehr er diese Entwicklung kompensieren will, um so stärker verstrickt er sich in die Schuld, nämlich in die Goldschuld.

Die Bank Deutscher Länder hat für die Ausschreibungen gegenüber dem Raum der europäischen Zahlungsunion eine Sperrdeklaration müssen. Es besteht aber trotzdem ein unabwiesbarer Devisenbedarf für die Versorgung und die Erfüllung von Handelsvertragsverpflichtungen in Höhe von 250 Mill. Dollar, wovon sich der Eisenbedarf für Lebensmittel auf 70 Mill. Dollar und für die gewerblichen Rohstoffe auf 25 Mill. Dollar beläuft.

### Rohstoff-Bestände

Trotzdem darf die nächste Zukunft weder in der Rohstoff- noch in der Lebensmittelversorgung pessimistisch gesehen werden. Herr Erhard hat dies in diesen Tagen Stellung genommen. Er erklärte zunächst, daß die Frage, ob und in welchem Umfang und in welcher Art gewisse Verwendungs- und Lieferungsverbote im Rahmen des westlichen Wirtschaftens eingeführt werden sollen, gegenwärtig in Verhandlungen mit der Hohen Kommission geklärt würden. Er ließ sich nicht darauf ein, die Höhe der Vorräte in E-Metallen zu nennen, sondern er erklärte nur, daß sich der Inlandsverbrauch um 25-30% rüht habe. Gewisse Lieferungsverbote seien dadurch bei Kupfer, Nickel und Zinn eingetreten, jedoch ließen Einfuhrschüsse bei Kupfer und Zink von je

## Deutsche Vermögen im Ausland

und deutsche Auslandsschulden halten sich die Waage

Die New Yorker Außenminister-Beschlüsse zeigen, daß die politische und die wirtschaftliche Ausdehnung der deutschen Befugnisse und die Lockerung der verschiedenen Beschränkungen mit deutschen Gegenleistungen kompensiert werden sollen. Hierbei gewinnt die Anerkennung der deutschen Auslandsschulden, die Regelung über die deutschen Auslandsvermögen und die Frage der abgetretenen deutschen Patentrechte eine besondere Bedeutung. In Kreisen der Bundesregierung ist man der Ansicht, daß genauere Zahlenangaben über die Höhe der deutschen Auslandsverschuldung nicht vorliegen. Die deutsche Auslandsverschuldung streift es sich um die öffentliche Hand handelt, sei zwar bekannt, über die privaten Schulden jedoch fehlen bisher noch immer detaillierte Unterlagen.

Bei der Verschuldung der öffentlichen Hand sei die Frage offen, so wird argumentiert, ob und wie weit der Bund die Schulden des ehemaligen Deutschen Reiches übernehmen sollte. Daß die Bundesregierung nur für einen Teil des ehemaligen deutschen Reichsgebietes zuständig ist, macht die Frage weniglich noch komplizierter. Bei der Verschuldung des früheren Landes Preußen müsse ebenfalls festgestellt werden, ob der Bund oder die Nachfolgestaaten für die Verbindlichkeiten des Landes Preußen aufzukommen haben. Über die Valuta-Verschuldung der öffentlichen Hand könne man sich ein ziemlich genaues Bild machen. Aus den Dawes-, Kreuger-, Young- und einiger kleineren Anleihen ergeben sich Verpflichtungen in Höhe von rund 1,8 Mrd. DM, errechnet nach dem Dollarkurs von 1 Dollar = 4,50 DM. Den Berechnungen liegen deutsche Zusammenstellungen zugrunde. Bei einem Vergleich mit den Ermittlungen seitens der ausländischen Anleihe-Treibländer seien evtl. Abweichungen hinsichtlich der Höhe des Betrages zu erwarten, weil die im Krieges zurückgebliebenen Anleihebücher bei den ausländischen Treuhändern vermutlich nicht gebucht worden sind. Die Preußen-Anleihen von 1926 zu 6 1/2% und von 1927 zu 6%, ferner eine Anleihe in Schwedenkronen an die Stadt Lübeck ergeben heute insgesamt 120 Mill. DM. Die Reichsmarkenscheine der öffentlichen Hand betragen rund 34 Mrd. RM. Hiervon entfallen 30 Mill. RM auf Clearing-Verschuldung. Bei dem Clearing-Verfahren wird zu klären sein, ob die Beschlüsse der Pariser Reparationskonferenz von 1946, bei der die Verteilung der deutschen Reparationsleistungen prozentual auf die Länder vorgenommen wurde, auf den Bund Anwendung finden wird, oder ob die Forderungen über einen „Clearing-Topf“ verrechnet werden sollen. Die Verrechnungsschulden in Höhe von 13 Mrd. RM sind dadurch entstanden, daß die im Krieges von Deutschland besetzten Länder zum Devisen-Inland erklärt wurden sind, und daß damals mit diesen Staaten Handels- und Zahlungsabkommen nicht bestanden haben. Die Schulden der deutschen Konversionsklasse für deutsche Auslandsschulden betragen 1 Mrd. RM und 0,3 Mrd. RM betragen die Forderungen der Bank für internationales Zahlungsausgleich in Basel.

Die Höhe der privaten Auslandsverschuldung kann nur geschätzt werden. Auf Grund des Wertungsumstellungsgesetzes sind die privaten Schulden gleichfalls 1:10 abgewertet worden. Die Länder der Vereinten Nationen konnten jedoch gegen diese Regelung Einspruch erheben, und sie haben das in den meisten Fällen getan.

Auch über die Höhe der Restitutionsforderungen hat man noch keine genauen Vorstellungen.

15 000 l eine gewisse Entspannung erwarten. Aber die Vorräte an Benzin reichten für 2 Monate und an Dieseldieselkraft für 4 Monate, an Nahrungsmitteln für einen Monat, an Kunstseide für 6 Monate, an Baumwolle für 3-4 Monate und an Wolle für 1 1/2 Monate. Der Bedarf an Leder und Häuten sei für etwa einen Monat gedeckt und für weitere 1 1/2 Monate durch schwimmende Ware und Abschlässe gesichert.

### Lastlose Börsen

Von der reinen Binnenwirtschaft ist zu berichten, daß die Produktion weiter zunimmt, die Arbeitsbeschäftigung zurückgeht und die Preise sich beruhigt haben. Jedoch wirken alle diese Momente nicht auf die deutschen Börsen. In der vergangenen Woche waren die Börsen zwar nicht unruhig, aber doch ziemlich lustlos. Diese Lustlosigkeit setzte sich auch am Montag dieser Woche fort. Zwei Organe des Bundesanleihegesetzes und 2 die Kreditverknappung. Daher waren die Kurse am Montag im allgemeinen etwas nachgebend, insbesondere in Notennwerten. Einige Kurse: Hoechst 48 1/2, Gutehoffnungshütte 69, Rhein Stahl 27, Rheinbraun 97 1/2, Deutsche 34 1/2, Siemens 48 1/2, Deutsche Erdöl 96 1/2, Wirtshalt 69 1/2, Zellstoff Waldhof 44 1/2, MAN 30, Demag 84 1/2, Linde 84, Deutsche Locomotoren ex 6 1/2 Dividende 130.

### Der Streik

Daneben läuft die starke Beunruhigung durch den Streik in der Kanalschiffahrt. Auf dem Rhein ist die Schiffahrt nicht behindert, aber in den Seehäfen und auf den Kanälen. Es ist schwer zu verstehen, daß nicht einmal ein Schlichtungsausschuß vollzogen wird. Es wird hier ein harter Kampf geführt und es sieht fast so aus, als ob die Gewerkschaft Mittelrhein die Dampfer auch nach andere Gruppen in den Streik hineinziehen will. Wegen der prinzipiellen Bedeutung ist der Ausgang dieses Kampfes nicht unwichtig. Es hat keinen Sinn, wenn ein Minister erklärt, er sei für diesen Streik nicht verantwortlich. Alle Minister zusammen sind für den sozialen Frieden verantwortlich. Es ist darum keineswegs erfreulich, daß einige Tage vor dem Wahlmanöver in der Ostsee in Westdeutschland so schwerwiegende soziale Konflikte ausbrechen. Die Lohnforderungen der Streikenden sind zweifellos berechtigt, denn die Löhne auf diesem Gebiet hätten stark hinter der Entwicklung der anderen her. Es muß bald eine Lösung gefunden werden, die hier die Ruhe wiederherstellt.

Die Übersicht, die wir heute geben, ist, im ganzen gesehen, nicht erfreulich. Es hat sich gerade in den letzten Wochen gezeigt, daß unsere Wirtschaft, insbesondere in Hinsicht auf die Devisenlage und auf die sozialen Spannungen, ein Rollen auf inneren Fäden ist. Darüber darf die erfolgreiche Entwicklung der Produktion und das Geringwerden der Arbeitslosigkeit nicht hinwegtäuschen. Ar-

teilweise bekannten Zahlen der von einigen Ländern zersäerten deutschen Auslandsvermögen zusammenzählt, kann man bei optischer Betrachtung zu dem Ergebnis kommen, daß der Gesamtwert der deutschen Auslandsvermögen die Höhe der deutschen Auslandsverschuldung erreicht, wenn nicht sogar geringfügig übersteigt.

### Deutscher Besitz in Indonesien

Über den deutschen Vorkriegsbesitz in Indonesien liegt dem Deutschen Industrie- und Handelsrat ein Bericht eines Außenhandelskaufmanns vor. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß der gesamte deutsche Besitz sowohl das Eigentum deutscher Firmen als auch das persönliche Eigentum — unmittelbar nach Ausbruch des Krieges von der holländischen Verwaltung beschlagnahmt wurde. Diese sind im Laufe des Jahres 1941 verkauft und in vielen Fällen veräußert worden. Der Erlös fiel in die Kassen der holländischen Kolonialverwaltung. Nach der Kapitulation der Japaner wurde der Rest der deutschen Vermögenswerte in Indonesien bis auf die unverkäuflichen Teile, vor allem Grundstücke, Planungen und Schulden in abgelegenen Gebieten, die inzwischen wieder von Busch überwuchert sind, verkauft. Während der Kriegsjahre ist vieles ausgekauft und ersetzt worden, übriggeblieben sind lediglich noch die Besitztüter, so auch vieler holländischer und nicht-deutscher ausländischer Pflanzungen.

Auch von den rein persönlichen Effekten, wie Sammlungen, Wäsche, Kleider, Geschirr und dergl. ist kaum noch etwas vorhanden. Während die holländischen Behörden bei gelegentlichen Rückfragen darauf hinwiesen, daß sie nicht dafür verantwortlich gemacht werden können, was während der japanischen Besatzungsgewalt geraubt worden sei, vertritt die indonesische Verwaltung den gleichen Standpunkt

hinsichtlich des von den Holländern veräußerten deutschen Eigentums.

Möglichkeiten des Wiederaufbaus einer Existenz sind zur Zeit kaum gegeben, weder bei Handel, Industrie oder auf Plantagen, noch im Staatsdienst. Angesichts des Mangels an Fachkräften ist auf absehbare Zeit mit der geplanten Industrialisierung noch nicht zu rechnen, zumal da das erforderliche ausländische Kapital nicht zur Verfügung steht. Verantwortlich wird in dem Bericht die stark nach links tendierende politische Richtung gemacht, die dem ausländischen Kapital Beteiligungen nur bis höchstens 40 Prozent anbiot, während der Rest in indonesischem, vielfach in staatlichem Besitz bleiben soll. Diese Tatsache und der Umstand, daß die Währung Indonesiens lahm ist, hemmt den Zufluß ausländischer Kapitalien.

In dem Bericht wird jedoch betont, daß der, der in der Lage sei, Devisen für eine Ausreise nach Indonesien zu beschaffen, sicher Möglichkeiten einer Existenz finden werde, vorausgesetzt, daß er sich den gänzlich veränderten Verhältnissen anpassen kann.

### Teilung der Kölner Messe

Die Teilung der Kölner Frühjahrmesse 1937 wurde vom Ausstellerrat der Kölner Messe, in dem alle an der Messe beteiligten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sind, im Einvernehmen mit den Einkäuferkreisen beschlossen. Die Teilung dient einer weiteren fachlichen Durchgliederung und Erweiterung. Sie erfolgt in der Weise, daß die Hausart- und Eisenwarenmesse (VDK-Messe) vom 28.-27. Februar, und die Textil- und Bekleidungsmesse mit den angeschlossenen Gruppen vom 4. bis 8. März 1937 stattfinden. Beide Teile der Messe werden internationalen Charakter tragen. Die ausländischen Aussteller werden in den jeweiligen Fachgruppen rechenen.

## Wir greifen auf:

einem kräftigeren Schuß von Orienttabaken, wobei wir auch unseren heimischen Tabak nicht verkümmern wollen. Es gäbe u. E. eine durchaus befriedigende Mischung.

### Schweizerische Aufklärung

Die von seiten der Westmächte aufgeworfene Frage einer deutschen Anerkennung der Vorkriegsschulden hat selbstverständlich in den Gläubigerkreisen lebhaftes Interesse gefunden. Die Zürcher „Finanz und Wirtschaft“ gibt in einem Zusammenhang einen sehr klaren Überblick über den Weg, den die alliierte Deutschlandpolitik seit Beginn des Krieges genommen hat. Das Blatt erwähnt eingangs den Morgenthau-Plan, der darauf hinausläuft, das deutsche Industriepotential so zu verengen, wie Deutschland einen Agrarstaat zu machen, parallel zu diesem wirtschaftlichen Programm lief ein finanzielles, nämlich der komplette finanzielle Bankrott. Mit anderen Worten: Deutschland müsse ein für allemal der Garus gemacht werden. Das schweizerische Wirtschaftsblatt, dem man seiner Offenherzigkeit wegen in bestimmten Kreisen nicht gerade wohlgeheim ist, schreibt wörtlich: „Es fällt nicht schwer, die Überheblichkeit dieses radikalen Programms zu identifizieren. Es war dies nur Zeit der erst. Roosevelt-Administration, welche sehr stark mit deutschen Emigranten durchsetzt war. Diese hatten es zeitweise verstanden, sehr einflussreiche Positionen zu ergattern, welche bis zum einflussreichen Schwabenskreuz hinaufreichten und bis zur Spitze des Justizdepartements vordrangen. Solche Emigranten sind es nun, welche sich in vorgeschobenen Posten auf dem sogenannten westlichen Gebiet des ehemaligen Deutschlands tummelten. So wird man z. B. daß ein Herr Newman, alias Newman, aus alterzeitigen Manager des IG Farbenkonzerns in Frankfurt am Main genannt wurde. Deutsche Emigranten wurden dann auch ausserhalb des amerikanischen Justizdepartements dem Fall der General Aniline & Film Corporation-Interaktion in die Hand zu nehmen“. Da diese Herrschaften es ziemlich schwer hatten, irgendwo in der amerikanischen Privatwirtschaft auch nur

annähernd gleiche einflussreiche Posten zu erwirken, blieb schließlich nichts anderes übrig, als so zu machen wie alle anderen nicht-nützlichsten Elemente in einem Wirtschaftseigentümern. Man „streckte“ die Arbeit, um nicht brotlos zu werden. Mit diesem wenigen Strichen sind die Grundursachen aufgedeckt, welche zu der für normale Sterbliche vollkommen unverständlichen dilatorischen Behandlung des Interbankensalles geführt haben.“ Das Blatt meint dann, der Traum des deutschen Emigrantenlagers in Bezug auf die Deutschlandpolitik sei ausgefrüht, dem Handlball gebe wir den Toren d. h. die Kommunisten helfen bald hier, bald dort zum Schlage gegen die zivilisierte Welt aus. In diesem Abrechnungsbericht haben nun im amerik. Verteidigungsministerium Deutschland neu entdeckt, nicht mehr die Pyrenäen und auch nicht der Rhein seien die ersten Berührungspunkte mit dem Feind, sondern die Elbe. Das Blatt erklärt abschließend, daß dem Alliierten nichts anderes übrig bleibe, als Deutschland die volle Souveränität zurückzugeben, weil erst dann der Weg frei sei für die Aufhebung der von den Amerikanern dringend gewünschten europäischen Divisionen. Der Wunsch der Westmächte nach einer deutschen Anerkennung der Vorkriegsschulden sei so null, das Blatt wiederholt, von allergrößter Bedeutung wird stöße im Gegensatz zu den früheren Meinungen der Alliierten, welche auf eine glatte Bankrott-erklärung Deutschlands hinausliefen. Die Wiederherstellung des deutschen Staatswesens wäre ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, hätte man Deutschland erst bankrott geben lassen. Ohne finanzielle Mittel wäre aber die Wiederaufrichtung Deutschlands und vor allem ohne gewisse militärische Aufrüstung vollkommen ausgeschlossen.

So schreibt das schweizerische Blatt. Leider erfahren die zuständigen Amerikaner kaum, daß in Deutschland noch immer kostbare Posten verschlungen wird, denn nach wie vor betreiben die Emigranten die von ihnen ergatterten einflussreichen Positionen. Man müßte aber zumindest annehmen, daß die Amerikaner nach ihrer längeren Anwesenheit in Deutschland endlich auf diese Experten verzichten könnten.

## Berliner Brief

### Fortsetzung von Seite 1

Der Schlußkrieg ist wieder einmal zu Ende, weil man den Schikanen der Sowjets auf dem einzig richtigen Wege begegnete, indem man die ostdeutsche Schiffahrt, die nun einmal durch Westberlin geleitet werden muß, in der gleichen Weise behinderte. Die Russen haben ihre provozierende Haltung aufgegeben, und nun besteht für die britische Besatzungsmacht keine Ursache mehr, die Schiffahrt des Ostens weiter zu behindern. Man hätte annehmen sollen, daß sich die britischen Nachbarn, da das gleiche Experiment schon einmal mißglückt ist, sich hüten würden, es noch einmal in Szene zu setzen. Offenbar hätten sie geglaubt, daß Zeitliche Stürme dem Westen überlegen ist. Man irrt sich einmal mehr. Ob es hilft?

### Arbeitsgemeinschaft Berliner Werbewirtschaft

Aus Anlaß der Deutschen Industrie-Ausstellung in Berlin veranstaltete die in Ordnung befindliche ABW seinen Aussprache-Abend im Rahmen des neu ausgestalteten Ratskellers im Schönberger Rathaus.

Werbekollegium Wölling aus Vahner sprach vor 200 Mitgliedern der nachstehend genannten Verbände und vor geladenen Gästen in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer und Präsident der Arbeitsgemeinschaft Werbung des Bundesgebietes über den organisatorischen Aufbau der Werbewirtschaft in Westdeutschland.

In temperamentvoller Weise brachte er den Berliner Werbeschaffenden praktische Anregungen für eine persönliche Zusammenarbeit mit den westdeutschen Berufskollegen und den am Werbewesen interessierten Wirtschaftsorganisationen, inwieweit der Zentralausschusses für Werbewirtschaft, Wesbaden, in dem die Berliner Werbewirtschaft 30% und Stimme erhalten und in einem Auftragsausgleich einbezogen werden soll.

Das vor langem organisatorische Gestalt gewinnende Berliner Werbewesen hat angesichts der Notlage der Berliner Wirtschaft bisher keine Möglichkeit zur Entfaltung der ihm innewohnenden schöpferischen Kräfte gefunden. Vereinzelt gelingt zwar dem einen oder anderen Berliner Werbeschaffenden der ge-

schäftliche Anschluß nach dem Westen. Die allgemeine Schere des Westens, mit Berlin zu kontrahieren, ist aber noch nicht hinreichend und die erstarrte Unkenntnis Westdeutscher über Berliner Verhältnisse erschwert bisher die Zusammenarbeit zwischen der Berliner und westdeutschen Werbewirtschaft.

Berlin soll nach dem nunmehr erfolgten fruchtbareren Gedankenaustausch ein Wandel streben, bei dem Berlin nicht als Almosensempfänger in Erachtung tritt, sondern als wertvolles Kräftezentrum, das dem vielseitigen Gebiet der Wirtschaftswerbung in Westdeutschland neue Impulse zu geben vermag.

Unsere Leser erhalten von den Geschäftskollegen der nachstehend genannten Berliner Verbände jede gewünschte Auskunft:

- Verbandigung Berliner Werbeberater E.V. (VBW) Berlin-Wilmersdorf, Jenseer Str. 10, Tel. 971933
- Gemeinschaft Berliner Werbeschaffender und Assistenten E.V. I. G. (GBWV), Berlin-Charlottenburg, Neue Kantstraße 19, Tel. 65 97 59.
- Bund Deutscher Gebrauchsgüterhändler, Landesgruppe Berlin (BDG), Berlin W 15, Darmstädter Straße 6, Tel. 91 05 09.
- Arbeitsgemeinschaft der Werbungsmitarbeiter E.V. Berlin W 30, Marburger Str. 5, Tel. 34 50 15.
- Verbandigung für Film- und Lichtbildwerbung E.V. I. G., Berlin W 30, Potsdamer Straße 66, Tel. 91 23 79.
- Bund Berliner Schaufenster- und Ausstellungsinstallierer I. G., über Berlin W 20, Marburger Straße 5, Tel. 24 58 16.
- Verbandigung Berliner Werbevertreter I. G., Berlin-Charlottenburg 4, Leibnizstraße 80, Tel. Nr. 67 60 19.

KARLSRUHER WIRTSCHAFTSVERLAG GmbH, Karlsruhe, Veitshausstraße 25, Telefon 333. Herausgeber und verantwortlich: O. van Raay, Karlsruhe, Zuständige Verlagspostamt Eitlingen/Baden. Besondere Vierteljährlich 8.— DM zahlung Zustellgebühren. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Veitshausstraße 25, zur Zeit im Auslieferungsbüro der 4. gütig. Berlin-Verlags-Vertriebs Erich Pöschel, Berlin-Charlottenburg 4, Leibniz-Strasse 80, Tel. 97 06 19. Satz und Druck: Badendruck GmbH, Karlsruhe.

# Unsere Lageberichte

**Rückgang des Neugeschäftes bei den Lebensversicherungen — Privates Bausparen anhaltend gut — Westdeutsche Binnenschifffahrt gut beschäftigt — Vor Überproduktion in der Stärke-Industrie — Lahn-Marmorindustrie nur zu 30% beschäftigt Mehr Flüchtlinge im Rauchwarengewerbe**

## Versicherungen

Der vielfach geläufigen Auffassung, die Versicherungswirtschaft habe Vorteile aus der Währungsstellung gezogen, steht die Tatsache gegenüber, daß sie sich gerade heute in schwerem Existenzkampf befindet, erklärte der Generaldirektor des Gesamtverbandes der Versicherungswirtschaft, Dr. Mandt. Die Lebensversicherung sehe sich seit dem Beginn des Jahres 1930, besonders aber hinsichtlich der Ergebnisse in Korea einem Rückgang des Neugeschäftes und einer ständig steigenden Zahl von Kündigungen gegenüber. Die drei bestimmenden Faktoren seien geringere Beiträge, gleiche Prämiensätze und steigende Unkosten. Hinzu treten vermeintliche Schwierigkeiten, die steuerliche Benachteiligung der Privatversicherungen, die drohende Aufhebung der Rückkaufspere, die Tilgung der Ausgleichsforderungen und die Abwertung der Reserven bei den privaten Versicherungen, die eines Tages jedoch aus den Taschen der Steuerzahler wieder aufgeföhrt werden müßten.

Die Krankenversicherung sehe sich einer sprunghaft ansteigenden Inanspruchnahme gegenüber, die in zahlreichen Fällen die Einnahmen übersteige. Man müsse der Tatsache ins Auge sehen, daß in Zukunft die minderwertigen Leistungen den wichtigeren Platz machen müssen.

Die größten Sorgen innerhalb der Sachversicherung — so führte Dr. Mandt weiter aus — beruhe die Hausrückversicherung, deren diesjährige Leistung die höchste des ganzen Halbjahres sei. Schließlich müsse die Öffentlichkeit weiterhin Verständnis für die Prämienhöhe der Kraftfahrzeug-Versicherung aufbringen, da das Defizit dieses Wirtschaftszweigs bis zu der bekannten Prämienhöhe von 30-40 Mill. DM betragen habe. Die Schadenhöhe der Haftpflichtversicherung sei doppelt so hoch wie vor dem Kriege. Die Prämien für Feuerversicherung lägen heute 30 bis 40% unter denen des Auslandes.

Die Hauptfrage der Organisation sei eine wirksame staatliche Versicherungsaufsicht und die Wiederaufnahme des Auslandsgeschäftes.

Im II. Quartal zählten die Lebensversicherungs-Unternehmen des Bundesgebietes 53,1 Mill. DM an ihre Versicherungsnehmer bzw. deren Hinterbliebene aus. Damit erreichte die in den ersten beiden Jahren nach der Währungsreform, also vom 1. Juli 1948 bis zum 30. Juni 1950 erfolgten Auszahlungen im Bundesgebiet eine Höhe von insgesamt rund 390 Mill. DM.

Versicherungsleistungen von 135 Mill. RM im Jahre 1929 und von 373 Mill. RM 1937 für das gesamte damalige Reichsgebiet standen im I. Jahre der D-Mark Auszahlungen in Höhe von 188 Mill. DM im Bereich des Bundesgebietes gegenüber. Berücksichtigt man die unterschiedliche Bevölkerungszahl in beiden Erhebungsperioden, so ergibt ein Vergleich, daß im Jahresdurchschnitt die Versicherungsleistungen der Währungsreform etwa den durchschnittlichen jährlichen Auszahlungen im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege entsprechen.

Diese Gegenüberstellung läßt am praktischen Fall der Leistung erkennen, daß es trotz der Währungsstellung gelungen ist, den Lebensversicherungssektor weitgehend zu erhalten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in einem erheblichen Teil der Auszahlungsfälle die Todesfallleistung gewährt worden ist. Diese Mehrleistung ist bekanntlich auf die bis zum 31. 12. 1930 eintretenden Versicherungsfälle stellen begrenzt. Sie ist im übrigen nicht durch Ausgleichsforderungen gedeckt, sondern muß aus den Geschäftsergebnissen der Unternehmen aufgebracht werden. So gesehen stellt sie im Grunde eine im Hinblick auf die Währungsreform eingekaufte besondere Form einer Beteiligung der Versicherten an den Geschäftsergebnissen dar.

## Bausparen

Der erwartungsgemäß eingetretene Rückgang der Kapitalansammlungstätigkeit im Juli und August hat sich nicht auf den Bereich der privaten Bausparbanken erstreckt. Die Neubausparnisse erreichten 203 Mill. DM Vertragsummen (gegen 146 Mill. DM in den Vergleichsmonaten des vorigen Quartals), die Spargeld-eingänge erreichten 36,3 Mill. DM (gegen 24,4 Mill. DM i. v. Quartal). Damit haben die privaten Bausparbanken eine mit der Währungsstellung stetig ansteigende Steigerung ihrer Geschäftsergebnisse zu verzeichnen. Zum 31. 8. 1950 betrug der Spargeldbestand 220 Mill. DM. Zum gleichen Stichtag haben die privaten

Bausparbanken für den Wohnungsbau 260 Mill. DM bereitgestellt.

## Binnenschifffahrt

Die deutschen an der Rheinschifffahrt sich beteiligenden Reedereien und Partikuliere sind durchweg gut beschäftigt. (Dieser Bericht ist wenige Tage vor Beginn des Streckes abgefaßt). Zwar haben größere Rheinschiffe nicht mehr alle die Vollbeschäftigung wie in den Monaten Juli und August, sondern wegen der Abnahme der Halbenbestände an Ruhrkohle wieder kürzere Wartezeiten; auch die Kanalschifffahrt sucht wegen des Rückgangs der Getreideinfuhren hin und wieder nach Aufträgen. Es ist aber anzunehmen, daß die Ertragslage sich für die westdeutschen Binnenschifffahrts-Unternehmen trotz der Frachtlage weitgehend gebessert hat. Für die nächste Zeit, wenigstens für die nächsten 6 Jahre, ist auch weiter eine starke Beschäftigung anzunehmen. Daher ist die Ansicht des Vereins zur Wahrung der Rheinschifffahrtsergebnisse nicht recht verständlich, der von einem Anhalten der Binnenschifffahrtskrise spricht.

Über die Lage der westdeutschen Binnenschifffahrt sagt das Vorhaben der international zusammengesetzten Zentralkommission der Rheinschifffahrt, die „Krisenlage der Binnenschifffahrt“ untersuchen zu lassen, nichts aus. Die westdeutsche ist, wie kürzlich auch Ministerialdirektor L. Heermann öffentlich darlegte, in einer anderen Situation als die übrigen Rheinflotten, da sie mit dem gesamten westdeutschen Verkehrszweig eng verflochten und wegen ihrer besonderen Frachtenbildung gegen die Einfüsse des internationalen Marktes in großem Umfang abgesichert ist. Die Rheinschiffahrt auf dem internationalen Markt liegt noch wesentlich unter dem deutschen Stand, auch nach der kürzlich vorgenommenen Senkung der deutschen Frachten. Außerdem ist die holländische und belgische Rheinflotte viel schlechter beschäftigt als die westdeutsche, französische und schweizerische. Darin ist ja das Streben der Holländer und Belger begründet, einen möglichst großen Anteil an dem deutschen Verkehrsaufkommen zu erhalten. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß die deutsche Rheinflotte der technischen Ausrüstung und dem Altersaufbau nach den ausländischen gegenüber sehr im Rückstand ist und großer Hilfe bedarf, um diesen zu beiseilen.

## Stärke-Industrie

In der Stärke-Industrie steht eine Überproduktion, unter der dieser Industriezweig in der Vergangenheit schwer zu leiden hatte, bereits wieder bevor. Wie Dr. Kanne von der Hoffmann's Stärkefabrik AG, Bad Salzaufen, auf der IV. diesjährigen Konferenz erklärte, sei schon heute, abgesehen von einer Menge von 30 000 t Kartoffelstärke, jede Einfuhr anderer Stärke überflüssig. Wenn es nicht gelingt, so führte Kanne aus, Mehl- und andere Stärke zu exportieren, dann werde sich auf diesem Gebiet sehr bald eine Überproduktion mit allen den Konsequenzen auswirken, die automatisch eintreten, wenn Absatz erzwungen werden soll, um dringend benötigtes Geld zur Erhaltung der Liquidität des betroffenen Betriebes zu beschaffen.

Den Anreiz zur Errichtung neuer Stärkefabriken mit z. T. erheblicher Kapazität hätten insbesondere die während der behördlichen Bewirtschaftung ohne besonderes Unternehmerrisiko erzielten guten Erträge in der Stärke-Industrie gegeben. In diesem Zusammenhang wurde die Erwartung ausgesprochen, daß bei dem Neuaufbau des Zolltarifes der ungleiche Start der deutschen Stärke-Industrie gegenüber

ihrer Auslandskonkurrenz, der gerade jetzt und mindestens noch für eine Übergangszeit besteht, berücksichtigt werde. Insgesamt bestehe in der Stärke-Industrie augenblicklich ein Zustand wirtschaftlicher Unübersichtlichkeit und dementsprechend überall erhöhtes Risiko bei zunehmendem Wettbewerb. Überhöhten Rohstoffpreisen ständen wiederholt gestiegene Verkaufspreise gegenüber.

## Marmorindustrie

Die Marmorindustrie an der Lahn ist nur noch zu 30 v. H. beschäftigt, obwohl an der Lahn wertvoller Marmor in fast allen Farben gewonnen wird. Dieser Marmor wird vornehmlich in der Elektroindustrie, für sanitäre Einrichtungen sowie für Gebrauchsgegenstände verschiedenster Art verwendet. In früheren Jahren wurde Lahn-Marmor auch nach Übersee ausgeführt. Dieses Außenhandelsgeschäft ist jedoch ohne ausreichenden Rückhalt am Binnenmarkt nicht wieder aufzubauen. Von der Industrie wird angeregt, ebenso wie in der Vergangenheit bei öffentlichen Bauten, namentlich wenn sie repräsentativer Art sind, Lahn-Marmor mit zu verwenden.

## Rauchwarengewerbe

Das Rauchwarengewerbe ist mit 33 000 Beschäftigten zum überwiegenden Teil eine Fließbandwirtschaft, wie der Verband der deutschen Rauchwaren- und Pelzwarenwirtschaft und der Zentralverband des Kürschnerhandwerks in einer Stellungnahme zu den Plänen einer Erhöhung der Umsatz- oder Aufwandssteuer betonen. Das Gewerbe sei weit mehr verarmt als andere Verbrauchergüterindustrien. Als vordringlichste Aufgabe habe die Rauchwarenwirtschaft die Anschnüpfung an die früheren Leipziger Ausfuhrerfolge zu sichern und die deutsche Pelzwarenwirtschaft wieder zu einem normalen Devisenbringer zu machen. Weit größere Exporterfolge könnten erzielt werden, wenn das Gewerbe finanziell besser ausgerüstet wäre. Jede Beschränkung des Inlandmarktes beeinträchtigt die Ausfuhrermöglichkeiten. In diesem Jahr hoffe die Rauchwarenwirtschaft, über 3 Mill. Dollar Exporterlöse zu bringen gegenüber 1 Mill. im vergangenen Jahr. Bei geringerer Marktpflege sei die Ausfuhr noch erheblich zu steigern.

Die Rauchwarenwirtschaft schlägt vor, bei der geplanten Steuererhebung die Wertgrenze für Pelzwaren mit 2000 DM anzusetzen. Bei der zur Zeit vorgesehenen Wertgrenze von 800 DM würden 75 v. H. der Pelzwerkstoffe zusätzlich besteuert, bei einer Wertgrenze von 2 000 DM würden es 50 v. H. und bei einer Wertgrenze von 3000 DM 25 v. H. sein. Möchte die Pelzwarenwirtschaft als Folge der zusätzlichen Besteuerung sich auf die Produktion der Stücke von geringem Wert beschränken, so würde dadurch das Ausfuhrgeschäft beeinträchtigt werden.

## Trotz aller politischen Spannungen hoher westdeutscher Export nach Osteuropa

Der westdeutsche Export nach Osteuropa erreichte trotz der gegenwärtigen politischen Spannungen im 3. Vierteljahr 1950 mit 187 Mill. DM einen neuen Höchststand, wie aus dem Bericht amerikanischer Grenzbehörden hervorgeht. Über den Grenzbahnhof Furth im Wald wurden im September vor allem Eisen- und Stahlprodukte, Maschinen und Maschinenteile, Schrott, Chemikalien und Zellwolle nach der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien ausgeführt. Von den Oststaaten wurden Rohstoffe wie Kaolin, Steine und Braunkohle sowie Holz, landwirtschaftliche Produkte und Nahrungsmittel (Weizen, Sonnenblumenöl, Schweinefleisch und Zucker) importiert. Die Zuzugserlöse aus der Tschechoslowakei wurden im Laufe des Monats September eingestellt. In dem Bericht werden Meldungen, nach denen in den über Furth im Wald eingeführten Waggons mit tschechischer Braun- und Steinkohle Sprengstoffpakete gefunden worden seien, bemerkt.

Nach Mitteilung der Bundesbahn ging der Transitverkehr über Furth während des Monats September um mindestens 40 Prozent zurück. Belgien und Holland würden ihre für die osteuropäischen Staaten bestimmten Güter umleiten, um eine Kontrolle durch die amerikanischen Zollbehörden zu vermeiden.

## Schiffsbaufinanzierung noch schwierig

Der Wiederaufbau der deutschen Seeschifffahrt gehört nach wie vor zu den schwierigsten Aufgaben, vor die sich die Bundesrepublik gestellt sieht. Die sich aus dem Korea-Konflikt ergebende Lage hat erneut die Gefahren gezeigt, die in der Abhängigkeit Deutschlands von den Auslandslieferungen liegen. Jede politisch-militärische Verwicklung an einem Punkt der Erde bewirkt schnell einen Tonnagemangel und damit bedeutsame Frachterhöhungen. Dadurch wird aber die Handelsbilanz Westdeutschlands jedes Mal belastet. Aus diesem Grunde sind in die neue deutsche Flotte für den Außenhandel mit den Ländern der europäischen Zahlungsunion Besamfische aufgenommen worden. Hiervon sind aber die Bestimmungen der T. Durchführungsverordnung zum Militärregie-

runsgesetz Nr. 34 noch nicht aufgehoben. Nach diesen Vorschriften darf Westdeutschland insgesamt nur 400 000 BRT Schiffsraum im Ausland kaufen. Dieses Kontingent ist aber bereits zu einem großen Teil ausgeschöpft, so daß die Möglichkeiten für einen Ankauf ausländischer Schiffe nach wie vor begrenzt sind.

Aus den dargelegten Gründen ist der Bau eigener Seeschiffe nach wie vor eine verdringliche Aufgabe. An Mitteln gehen hierfür aus der II. Tranche der ECA-Kredite für das laufende Jahr 52,2 Mill. DM zur Verfügung. In der III. Tranche waren ursprünglich von den deutschen Stellen 85 Mill. DM eingeplant. Dieser Betrag wurde jedoch bei der Kürzung der III. Tranche gestrichen. Die Wiederaufbaubank hat angeregt, doch noch wenigstens 50 Mill. DM in die III. Tranche aufzunehmen, damit die bereits angelegenen Schiffbauarbeiten zu Ende geführt werden können. Die Absichten hierfür scheinen nicht unglücklich zu sein.

In den vergangenen Jahren wurde der Schiffbau wesentlich durch Mittel der Hansa-Städte finanziert. Durch die Neuaufteilung der Finanzmassen zwischen den Ländern und dem Bundes sind aber die Hansa-Städte, die bis vor einem Jahr einen Großteil des Aufkommens aus den Verbrauchsteuern und den Zöllen verstehmten, besonders schwer betroffen. Sie werden deshalb kaum in der Lage sein, Mittel für den Schiffbau aufzubringen. Die Bundesregierung hat, da der Wiederaufbau der deutschen Flotte als eine gesamtdeutsche Aufgabe angesehen wird, in dem nunmehr dem Parlament vorgelegten Haushaltsplan einen Betrag von 100 Mill. DM im außerordentlichen Etat eingestellt, der durch die Bundesländer gedeckt werden soll. Hiervon erwartet man auch eine Erleichterung für die deutsche Werftindustrie. Ihre Lage hat sich bereits dadurch gebessert, daß nach der Entscheidung der Außenministerkonferenz von New York alle technischen Beschränkungen für Schiffbauten, die für den Export bestimmt sind, aufgehoben werden. Für den für Deutschland bestimmten Schiffbau bestehen die Beschränkungen jedoch weiter. Auch aus diesem Grunde kaufen die meisten Reederei lieber alle Schiffe im Ausland, als daß sie teurer aber unzuverlässige Neubauten auflegen. Ein altes Schiffe ist in verhältnismäßig kurzer Zeit abgeschrieben und gibt in absehbarer Zeit die finanziellen Voraussetzungen für Neubauten. Man hofft, daß dann die verkehrswirtschaftlichen Vorschriften der Alliierten beseitigt werden sind.

## Autobahnen nicht zu steil!

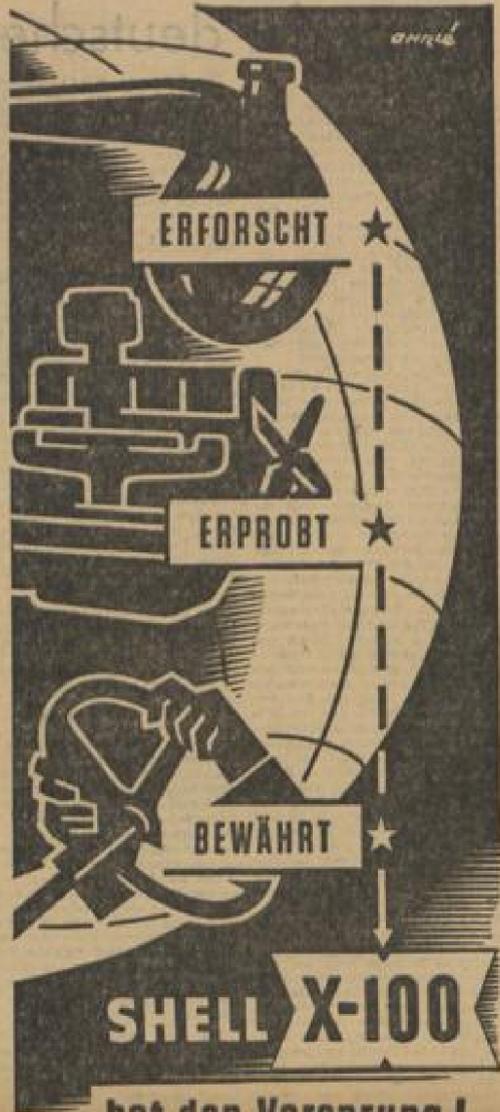
Aber Belastungsvorschriften sollten mehr beachtet werden

Bei der Planung der Autobahnen wurde die Höchstbelastung mit 8 v. H. festgelegt. Viele Lastkraftfahrer empfinden heute diesen Winkel zu steil und ziehen deshalb große Umwege über die Landstraßen vor. Verantwortlich werden aus diesem Grunde die Landstraßen benachteiligt. Ferner ist bei der Planung der Reichsautobahn-Verwaltung und der Lastkraftwagen-Industrie eine Einigung über die Zuladung eines Steigungswinkels von 8 v. H. erzielt worden. Demnach war man der Ansicht, die Entwicklung im Lastwagenbau werde zu sehr schweren Wagen führen, infolge des Krieges ist dies jedoch nicht der Fall gewesen. Erst jetzt hat die technische Entwicklung wieder an die Gedanken der dreißiger Jahre angeknüpft, so daß in der Zukunft der Bau von Lastkraftwagen mit einer Motorleistung von etwa 250 PS, wie er bereits damals geplant wurde, zu erwarten ist.

Die heute laufenden Lastwagen können steilen Gebirgstrecken nur bei einer Auslastung bis zur zugelassenen Höhe bewältigen. Als Folge des scharfen Wettbewerbs innerhalb des Transportgewerbes werden die Wagen jedoch häufig überladen. Überschreitungen der Höchstgewicht bis zu 50 v. H. sind nicht selten. Derart überlastete Fahrzeuge können nachteilig auf die Straßendeckung der Autobahnen nicht mehr schafften, zumal wenn sie noch mit Achsfedern fahren. Dies ist jedoch nicht in einem Planungsfehler der Autobahn begründet, sondern trifft die Kraftwagenhal-

ter, die ihren Fahrzeugen mehr zumuten, als sie leisten können. Die Autobahnindustrie hat dem Verkehrsminister gegenüber auf diese Tatsache hingewiesen und hat angeregt, durch Straßenkontrollen den Mißbrauch der Überladung zu verhindern. Wahrscheinlich würden dann die Autobahnen halt stärker genutzt werden, besonders wenn die geplante Vermehrung der Haltestellen an den Autobahnen erst einmal vorgenommen worden ist.

Auf die Überladung der Kraftfahrzeuge wird ein großer Teil der Verkehrsunfälle zurückgeführt. Die langsam fahrenden und die Straßennutze beanspruchenden Fahrzeuge erschweren und gefährden den Überholungsverkehr sehr. Viele Polizeiverwaltungen können sich aber nicht zu strengen Achsdruckmessungen entschließen. Vom Verkehrsgewerbe wird nämlich betont, die wirtschaftliche Lage der Wagenhalter erfordere eine Überschreitung der Belastungsvorschriften. Hiergegen wird eingewandt, daß durch die nachträgliche Handhabung der Verkehrsregeln der Tarifanstrengung Tür und Tor geöffnet werden. Auch stürze nicht unbeachtet bleiben, daß überlastete Fahrzeuge die Straßen besonders stark beanspruchen und daß der schlechte Zustand vieler Straßen darin begründet ist. Dadurch werde aber das Bestreben, den Lastkraftwagenverkehr stärker zu den Inlandbahnstrecken der Bundesbahn heranzuziehen, eine günstigere Stimmung finden.



hat den Vorsprung!

SHELL-Forscher fanden Zusätze — Additives —, die hochwertiges Grundöl veredeln und ihm völlig neue Eigenschaften gaben.

Nach jahrelanger Erprobung wurde SHELL X-100, der bahnbrechende Öltyp, in allen Teilen der Welt eingeführt und hat sich überall — in Tropenhitze und Polarkälte — einzigartig bewährt.

Der Verkaufserfolg beweist eindeutig, daß auch der kritische deutsche Kraftfahrer dies erkannt hat.



hält den Vorsprung!

# Aus der deutschen Wirtschaft

## Baden

Das Produktionsvolumen der badischen Wirtschaft steigt weiter. Noch können die in einigen Branchen wieder aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Rohstoffversorgung das günstige Gesamtbild nicht wesentlich trüben. Lange Lieferfristen und in einzelnen Betrieben eingeführte Sonntagstarkei kosten jedoch die Lage. Besonders erfolgreich ist die Tatsache, daß im letzten Monat — mit Ausnahme der Kohle- und Eisenindustrie, die noch keine Möglichkeit zur Überwindung ihrer schweren Absatzkrise nicht — auch die Branchen von der Aufwärtsentwicklung erfaßt wurden, die die Konjunktur bisher noch nicht erfaßte. Hier sind vor allem die Möbel- und die Nahrungs- und Genussmittelindustrie zu nennen. Beim Übersce-Export stehen die guten Abschlüsse mit südamerikanischen Staaten im Vordergrund.

Wie das Badische Ministerium der Wirtschaft und Arbeit bekanntgibt, ist die Beschäftigungszahl in der badischen Industrie (ohne Elektrizitäts- und Gaswerke und ohne Baugewerbe) von 1946 bis 1949 um 30.329 auf 123.184 gestiegen. D. h. also um 33,2%. In den Monaten Januar bis einschließlich Mai 1950 wurde durchschnittlich 130.907 Beschäftigte gezählt. Damit wurde der Stand von 1936 wieder erreicht. An der Spitze der einzelnen Gruppen liegt die Textilindustrie mit rund 105% (29.049 Beschäftigte 1949 gegenüber 14.533 im Jahre 1948). Es folgen dann die Betriebe der Gruppe Steine und Erden mit 87,0%, die Papierindustrie mit 60,4%, die elektrochemische Industrie einschließlich Uhren und Feinmechanik mit 57,2%, die Eisen- und Metallverarbeitungsindustrie mit 38,7% und die Nahrungs- und Genussmittelindustrie einschli. Tabak mit 37%. Noch deutlicher zeigt sich die Aufwärtsentwicklung an der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden. 1949 betrug sie im Monatsdurchschnitt 9.090.000 und 1948 17.813.900. Das bedeutet eine Zunahme von 33,6%, d. h. um 40% mehr als die Zunahme der Beschäftigtenzahl. Bedingt ist diese bemerkenswerte Steigerung der Arbeitsstunden nicht allein durch die zahlreichen Neueinstellungen, sondern auch durch die fast völlige Überwindung der Kurzarbeit. — Die Beschäftigtenzahl im Handwerk stieg vom 1. 4. 48 von 12.856 auf 40.353 um 1. 3. 49 und die Zahl der Handwerksbetriebe vom Dezember 1946 von 28.286 auf 27.698 im März 1950.

Auf einer Tagung des Badischen Landesfremdenverkehrsverbandes der US-Zone gab der Hauptgeschäftsführer Dr. Stöckbauer einen Überblick über die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Nordbaden. Er hat sich überaus günstig entwickelt, so daß in einem Jahr eine Million Übernachtungen erreicht werden konnten. In Heidelberg, wo viele Hotels infolge Beschlagsnahme ausgefallen sind, hat besonders der Durchgangsverkehr eine erhebliche Steigerung erfahren. Die Besuchszeit des Schnees hat sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Sie erreichte ihren Höchststand im August mit 74.000 Besuchern. Im ganzen wurden im Heidelberger Schloß von April bis August 239.000 Besucher gezählt. Der Schweitzer Schloßgarten wurde von Januar bis September von 220.000 Personen aufgesucht. Auch in Karlsruhe lebten zahlreiche Fremde an. Der Auslandsverkehr in Karlsruhe wies im Juli eine Steigerung um 256 Prozent auf. Allgemein wurde festgestellt, daß die Fremden ihre Aufenthaltswörter gegenüber früher verkürzen und vielfach bedingt durch die Motorisierung, schneller wieder weiterfahren.

Die Tabakerei ist zur Zeit in vollem Gange. Im Bundesgebiet wurden in diesem Jahr 11.800 Hektar Tabak angebaut, davon 4254 Hektar in Nordbaden und 2.100 Hektar in Südbaden. Mehr als 40.000 Pfänder in 425 badischen Gemeinden bauen Tabak an. Die Pfänder rechnen mit einer mengenmäßigen Zunahme 1950/51; allerdings waren teilweise recht empfindliche Hagelplöden zu vermeiden.

Eine große Zahl deutscher Hüttenfabriken hat sich zu einer Forschungs- und Versuchsgemeinschaft zusammengeschlossen, die dem Staatlichen Institut für Textil- und Lederindustrie (Leiter: Prof. Dr. E. Böck) angegliedert ist. Die Arbeiten im Laboratorium und in den Betrieben sollen auf diese Weise sich wechselseitig befördern.

## Württemberg

Ende September dieses Jahres belief sich die Zahl der Arbeitlosen in Württemberg-Baden auf 49.726. Sie lag damit um 4866 unter dem Höchststand im vergangenen Winter und um 7600 unter dem Stand vom September 1948. Nach dem Bericht des Landesstatistikamtes besteht bereits in vielen Betrieben ein spärlicher Mangel an Facharbeitern. Dies gilt besonders für die Metall- und Bauberufe. Den größten Rückgang an Arbeitslosen verzeichneten im September wieder die Metallberufe (minus 651), Hilfsarbeiter (minus 517), kaufmännische Berufe (minus 377) und die Nahrungs- und Genussmittel-Hersteller (minus 314).

Die Daimler-Benz AG hat im September ihre Monatsproduktion wiederum steigern können. Es wurden insgesamt 2110 Personenkraftwagen (2095) gebaut, davon: Mercedes-Benz Typ „170 S“ 1536 (72,8%), Mercedes-Benz Typ „170 V“ 1652 (78,2%), Mercedes-Benz Typ „170 D“ 522 (24,8%). Bei der 6-Stunden-Fahrt des ADAC auf dem Nürburgring wurde Kling auf 178 S schneller Touren-Fahrer; 14 Mercedes-Benz am Start — 14 Goldauszeichnungen. Die Wagen aus den Daimler-Benz-Werken konnten hier auf dem schwierigen Rennkurs der Welt ihre Verwendbarkeit mit den erfolgreichen Unibrotkühner Rennwagen nicht verlieren. 5 gesteuerte S-Wagen und 4 gesteuerte Diesel-Wagen des Unibrotkühner Werkes erfüllten einwöchentlich ihre Sollleistungen und errangen den „Goldenen Kranz“. Die auf Mercedes-Benz-Wagen angebrachte ADAC-Mannschaft Kling, Ried, Adoff erlieferte mit dem „Goldenen Mannschafschindl“ ebenfalls die höchste Auszeichnung. Schnellster Fahrer aller Tourenwagen wurde Karl Kling, obwohl er sich mit Fahrzeugen weit höheren Zylinderinhalt auszeichneten konnte.

Die Schöner-Hörschloche AG, in Plochingen hat am 1. 10. mit Ausnahme der im selben Werke gelegenen Futtermittelabteilung eine Haterföden- und Suppenkonzern-Herstellung in Gerahmten stillgelegt. Der Grund liegt in den Absatzschwierigkeiten.

Der Export Württemberg-Hohenzollern hat sich auch im September günstig weiterentwickelt. Besonders gute Exportergebnisse hatten nach dem Bericht der Industrie- und Handelskammer des Landes die Hersteller von Metallbüchern, Waagen und feinmechanischen Erzeugnissen sowie die Maschinenfabriken zu verzeichnen. Erhebliche Exportaufträge wurden für Papierrollen und -spulen heringekommen. Der Umfang der Auslandsaufträge in Textilwaren und Uhren war ebenfalls befriedigend.

## Rheinland-Pfalz

Vom 12. bis 22. Oktober findet in Landau auf dem „Süwega-Ausstellungsgelände“ die Südpfälzische Herbstausstellung statt. Außer den vier Süwega-Hallen wurden noch zwei weitere Hallen errichtet. Fünf Hallen stehen den Ausstellern zur Verfügung und die eine Halle (Halle 9) beherbergt die Gaststätte. 300 Aussteller beginnen ihre Stände aufzubauen. 4000 qm überdachte Ausstellungsfläche und 5000 qm Freigelände stehen ihnen zur Verfügung. In Halle 1 ist Handel und Gewerbe, in Halle 2 die Industrie, in Halle 3 die Landwirtschaft mit Obst- und Gartenbau, einer Hofschau, einer Brauereischau, einer Hofschau und mit den Ständen der Kreisverbände Obst und Garten, Bergbauern, Gornvereine, Landau, Neustadt. In Halle 4 ist eine Schau für Metzgerei und Halle 6 ist der Heimgewinnung gewidmet und das Postamt hat dort seinen Platz.

Die Warenlieferungen der Pfalz nach Westfalen erreichten im September einen Wert von 37 Mill. DM (August 34 Mill.). Davon entfielen auf Schuhe 1,89, Tabakwaren 0,7, chemische Erzeugnisse 0,39, Papierwaren 0,21 und Wein 0,14 Mill. DM.

## Bayern

Zum Bau des Lech-Speichers bei Roßhaupten befristete die Wirtschaftsausschuss des bayerischen Landtages die Gewährung eines langfristigen Darlehens in Höhe von fünf Millionen DM aus dem Haushaltsmitteln an die Bayerische Wasserkraftwerk AG (BAWAG). Das Darlehen soll bei einer evtl. späteren Kapitalerhöhung der BAWAG in Gesellschaftskapital umgewandelt werden. RWE und VIAG, die neben dem bayerischen Staat zu gleichen Teilen an der BAWAG beteiligt sind, sollen dem gleichen Betrag als Darlehen oder Beteiligung zur Verfügung stellen. Da die Kreditanstalt für Wiederaufbau im Falle der Darlehensgewährung weitere 3 Mill. DM zur Verfügung stellen wird und 2,5 Mill. DM aus Gesellschaftsmitteln zu erwarten sind, erscheint die Finanzierung des Roßhaupten-Vorhabens in diesem Haushaltsjahr gesichert.

Bei der bayerischen Maschinenbauindustrie macht sich ein verstärkter Rohstoffmangel bemerkbar, verläuft aus Fachkreisen. In letzter Zeit ist auch Gießerei-Rohstoffe knapp geworden. Diese Entwicklung wird in erster Linie auf übermäßige Entdeckung an Rohstoffen zurückgeführt. Bei einem Export von rund 200.000 t und einer Produktion von 600.000 t monatlich müßte der Inlandsbedarf in Höhe von rund 300.000 t gedeckt werden können. Die Verlagerung der Lieferfristen für Gusspaß, ein Gebiet, auf dem noch vor kurzem erbittert um Aufträge gekämpft wurde, wird auf ausgesprochenen nervös gewordenen Einkäufer zurückgeführt. In Krisen der bayerischen Maschinenbauindustrie ist man sich darüber einig, daß die zum Teil unvernünftigen Vertragsunterzeichnungen in Verhandlungen zwischen Altkunden und Lieferanten gelöst werden sollten. Obwohl die Konjunkturschwankungen der Maschinen-Industrie in Bayern sich nicht so ausgeprägt wie im restlichen Bundesgebiet bemerkbar machen, wird jetzt auch in Bayern mit einer Erhöhung der Aufträge bei allen Fachweigen gerechnet. Produktionssteigerungen wurden bereits für Adressschlepper u. spanische Werkzeugmaschinen festgestellt. Die Landmaschinenfabriken u. Traktorenhersteller sind mit Aufträgen für lange Zeit eingedeckt. Die Industrie drückt ihre Verwendung darüber aus, daß die „stehende Landwirtschaft“, die stets nach protektionistischen Maßnahmen rief, jetzt so konfessionell auftritt. Die Exporterhöhung des Jahres 1949 setzte sich auch im ersten Halbjahr 1950 fort und hat die Aufnahmefähigkeit der Volkswirtschaft überstritten.

Die Auto-Union-GmbH. meldet für den Monat September für ihr Werk Ingolstadt die Produktion von 2.641 DKW-Motorrädern Typ RT 125 und 714 DKW-Schnell-Laster „U“. Die Produktion des Neuen DKW Typ „Meisterklasse“ ist im August planmäßig im Werk Düsseldorf der AUTO UNION GmbH. angelaufen, so daß bis Ende September bereits 250 DKW-Personenwagen das Werk verlassen haben.

Die Film-Finanzierungs-Gesellschaft m.B.H. München, legt ihren Geschäftsbericht für die Zeit vom 4. Januar 1950 bis zum 30. September 1950 vor. Danach hat die „FIF“ sieben Filme mit einem Herstellungskostenbetrag von 4,58 Mill. DM durch Kreditgewährungen in Höhe von 2,9 Mill. DM finanziert und bei Film-Kredit im Gesamtbetrag von 4,23 Mill. DM auf Grund der von der Gesellschaft vermittelten Ausfallsicherung des bayerischen Staates verschafft. Am Ende des Berichtszeitraumes lagen Kreditanträge über insgesamt 8,13 Mill. DM vor, während für Kredite in Höhe von 11,33 Mill. DM die Ausfallsicherung des bayerischen Staates beantragt worden war. Der wirtschaftliche Erfolg der finanzierten Filme läßt sich noch nicht klar übersehen, heißt es in dem Bericht, da die Einzelergebnisse zum großen Teil erst in den kommenden Monaten heringekommen werden. Da es jedoch die Politik der Gesellschaft ist, Filme mit möglichst geringem Risiko zu finanzieren, darf erwartet werden, daß die Kredite mit den Erlösen abgedeckt werden können. Die Gesellschaft wird ihre Arbeit fortsetzen können, da das bayerische Finanzministerium wahrscheinlich auch weiterhin Bürgschaften übernimmt wird.

Der Umsatz an Herren- und Knabenoberbekleidung hat sich in Bayern im Halbjahr 1950 gegenüber dem ersten Halbjahr 1949 um 10% und wertmäßig um etwa 50 Prozent erhöht, wie wir einem Bericht der Textil-Mittelungen entnehmen. Die Bundesmarkt-Grenze bildete den Kern des Geschäftes. Die modischen Einflüsse seien bei den Wun-

chen der Käuferschaft nicht so stark spürbar, wie etwa in Rheinland-Westfalen. Der bayerische Kunde verlange einen solchen Anzug. Ein sehr begehrt Artikel sei in diesem Jahr wieder die Lederhose gewesen, die soll sich über Bayern hinaus auch im Württembergischen einen beachtlichen Absatz erworben haben. Sehr gute Geschäfte konnte der Textil-Einzelhandel während des Oktoberfestes tätigen. Während sonst Samstags um 14 Uhr Ladenschluß ist, wurden die Geschäfte während des Oktoberfestes bis 18 Uhr aufgehalten.

Die Indusriegelwerkstatt Bau hat für den Landesbereich Bayern sämtliche Tarife für das Bauhaupt- und das Baunebengewerbe sowie für die Baustoffindustrie zum 1. 10. gekündigt, wie gewerkschaftsmäßig am 5. 10. mitgeteilt wird. Termine für Verhandlungen und Vorbesprechungen mit der Arbeitgeberseite sind anberaumt. Ziel ist die Erhöhung der Arbeitsentgelte auf die im Schiedspruch von Remagen festgesetzten Sätze, ohne die Zusatzklassen.

Die Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Gerberverbände und Lederindustrie hat vor kurzem in Regensburg eine Gerberchule eröffnet. Sie ist die einzige Schule dieser Art im Bundesgebiet.

Vom 16. bis 20. Oktober 1950 findet in München die alljährliche Kunststoff-Tagung statt. Träger der Veranstaltung sind die Wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Vereine und Verbände der Kunststoff-Industrie, nämlich die Fachgruppe Kunststoffe und Kunststoff der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh), der Fachsachverständigenrat des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI), der Fachnormenausschuss Kunststoffe im Deutschen Normenausschuss (FNK), die Arbeitsgemeinschaft kunststoffverarbeitender Industrie (AKKI) und der Gesamtverband kunststoffverarbeitende Industrie (GKV). Die Gesamtleitung liegt bei dem Obmann der Fachgruppe Kunststoffe und Kautschuk, Herrn Dr. A. Höbels, Leverkusen-Bayerwerk. Anmeldungen nimmt das Organisationsbüro der Kunststoff-Tagung 1950, Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 12, IV, entgegen. Die örtliche Tagungsstelle befindet sich in München, Maximilianstraße 21. Der Schwerpunkt des reichen Vortragsprogramms liegt auf der Verarbeitung und Anwendung neuer Kunststoffe. Dr.-Ing. Stockert, Hannover, über „Moderne Verarbeitungsmethoden“, Dipl.-Ing. List, Basel, über „Der K-Kleber“, Dr. Laetz, Weidenburg, über „Grenzen und Abstützung moderner Spritzgüßmaschinen“, Dr. Hübner, Leverkusen, über „Neue Möglichkeiten durch synthetische Klebstoffe“.

## Hessen

Im Monatsbericht der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. für September wird ausgeführt, daß die in den Vormonaten stark angelegene Produktion noch immer unter dem Einfluß verknappter Rohstoffe stand. Zahlreiche Grundprodukte der chemischen Industrie, wie z. B. Salzsäure, Natronlauge, Chlor und Schwefelsäure sind bis Ende des Jahres ausverkauft. Während bei Farbstoffen und Farbstoffzusatzstoffen kein Mangel herrscht, machen sich Verknappungen bei Kohlenstoffäther und Lösungsmitteln, besonders bei Aldehyd abhängigen Produkten, bemerkbar. In der pharmazeutischen Industrie, deren Absatz sich aussondernd steigerte, war die Rohstofflage jedoch allgemein besser. Die etwas längere Zeit andauernde Papierverknappung hat bei weiter vollbeschäftigten Druckereien angehalten. Auch in der Lieferung von Natriumsulfat gab es keine Erleichterung. Teilweise wurde die Ausführung von Aufträgen von der Lieferung von Altpapier abhängig gemacht. In der Möbelindustrie hat die starke Nachfrage nach Schlafzimmern auf, aber auch die Holzindustrie für Baumaterialien war gut beschäftigt. Im Handel hielt die bisherige günstige Umsatzentwicklung an, wenn auch der Absatz nicht mehr in allen Branchen das Ausmaß der Vormonate annahm. Im Durchschnitt ist der Einzelhandelsumsatz gegenüber dem Vorjahr um 36 bis 40% gestiegen. Bei Möbeln und Hausrat zeigte sich im Berichtsmontat überdurchschnittliche Geschäftsbekleidung. Die Nachfrage nach wärmerer Bekleidung, Öfen und Herden hat sich selbständig vergrößert, aber auch Nähmaschinen und Elektrogeräte für den Haushalt wurden stärker gefragt. Dem Rundfunkhandel brachte die Düsseldorf-Funkausstellung eine steigende Tendenz, die bisher nicht nachließ. Die starke Auslandsnachfrage nach deutscher Exportwaren hielt unvermindert an. Das Importgeschäft stand immer im Zeichen der knappen Lebensmittelvorräte und der Weltmarktpreissteigerungen für Textilien, Zucker und Fett, deren Beschaffung wegen der Preisempfindlichkeit des Binnenmarktes Schwierigkeiten macht. Die im Interessengleichgewicht verzeichnete Bekleidung blieb noch hinter den vorhandenen Geschäftsmöglichkeiten zurück.

Die Adam Opel-AG, produzierte im September insgesamt 8500 Personen-, Liefer- und Lastwagen, wovon 3454 auf den Olympia, 1810 auf den Kapitän, 801 auf den Opel-Schnell-Lieferwagen 1950 und 690 auf den 1½-Opel-Billa-Schnell-Lieferwagen entfielen; außerdem wurden 13 Niederwagen-Fahrgestelle (3 B hergestellt. Exportiert wurden insgesamt 3131 Einheiten, während der Inland-Verkauf 2777 Personenwagen, 478 Opel-Schnell-Lieferwagen 1950 und 370 Opel-Billa-Schnell-Lieferwagen umfaßte.

Die Herstellerfirma der einzigen in Deutschland gebaute 890-cm-Maschine, die Horex-Columba-Werke in Bad Homburg schaffte durch Errichtung ausgezeichneter neuer Montagehallen die Voraussetzungen für eine beachtliche Produktionsausweitung. Mit einer Belegschaft von ca. 300 Mann werden zur Zeit monatlich 700 „Regina“-Motorräder gebaut, von denen gut 15 Prozent über den Export gehen.

Vom 9. bis 13. Oktober wird in Wiesbaden eine „Kältetechnische Tagung“ stattfinden, an der neben Kältetechnikern aus Westdeutschland auch Gäste aus den skandinavischen Ländern, den Niederlanden und der Schweiz teilnehmen werden. Die Tagung wird von der Arbeitsgemeinschaft für Kältetechnik und dem Fachverband für Kältehäuser veranstaltet.

## Nordrhein-Westfalen

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen hat sich in der zweiten Septemberhälfte verstärkt fortgesetzt. Nunmehr werden nach einer Abnahme um

16.513 bei den Männern um 13.185, bei den Frauen um 3348 nur noch insgesamt 173.945 Arbeitslose gezählt. Im dritten Vierteljahr 1950 hat die Zahl der Arbeitslosen von 226.241 am 30. Juni auf 173.945 am 30. September, also um insgesamt 52.296 abgenommen. Im Juli um 15.894, im August um 23.019. Die Zahl der Hauptverdienstempfänger ist im September um 14.646 und somit im dritten Vierteljahr 1950 um insgesamt 48.277 gestiegen. Dagegen ist die Zahl der offenen Stellen im September 1950 um 4193 und somit im dritten Vierteljahr 1950 um insgesamt 10.260 gewachsen. Auch im September nahmen an erster Stelle das Baugewerbe, die Eisen- und Metallindustrie sowie die Textilwirtschaft Arbeitskräfte auf. Die Breitenwirkung des wirtschaftlichen Aufschwungs zeigt sich u. a. darin, daß die Hilfsberufe an der Spitze der Berufsgruppen mit sinkender Arbeitslosigkeit stehen. Obwohl die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens bereits im zweiten Vierteljahr 1950 die Zahl der Beschäftigten um 146.000 gesteigert hat, ist diese Zahl im dritten Vierteljahr weiter, und zwar um 155.412 erhöht worden. Demnach hat die Zahl der Beschäftigten ungefähr doppelt so viel zugenommen, wie die Zahl der Arbeitslosen in diesem Zeitraum abgenommen hat. Am 30. Juni 1950 wurden 4.217.370 Beschäftigte gezählt, am 30. September 4.422.962. Der Zuwachs wurde vornehmlich von Frauen aus der stillen Reserve gestellt, weiter von neu ins Erwerbsleben gekommenen Jugendlichen und von außerhalb des Landes zugewanderten Regionalbewerbern. Die größte Beschäftigungszunahme aufzuweisen können (84.777), Düsseldorf (3201), Duisburg (4650), Bielefeld (4610) und Wuppertal (4580). Der Zuwachs an Beschäftigten entfiel indig auf Industrie und Handwerk sowie Handel und Verkehr. In der Land- und Forstwirtschaft hat die Beschäftigtenzahl sogar abgenommen.

Sich einem Lagebericht der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf stand das dritte Quartal 1950 sichtbar im Zeichen einer ausgesprochenen Konjunkturerholung. Die Auftragsbeständen in der Industrie und in der Landwirtschaft wurden stärker gewesen sein, wenn nicht der freien Entwicklung hier und dort Hemmnisse im Einkauf von Rohstoffen zu annehmbar hohen Preisen, in der Beschaffung von Fachkräften und Finanzierungsfragen entgegengestanden hätten. Die Rationalisierung der industriellen Gütererzeugung machte Fortschritte, der Wettbewerb im In- und Ausland hat an Schärfe eingebüßt. Im Exportgeschäft kamen insbesondere der deutschen Industrie die kürzeren Lieferfristen zugute. Die Aufzucht wurde zum wichtigsten Konjunkturfaktor. Die Aufwuchstendenzen sind im Export auf verhältnismäßig breiter Basis spürbar.

Mit Schwierigkeiten in der Gae-Verarbeitung im kommenden Winter wird die Industrie zu rechnen haben. Bei dem im Verhältnis der gesteigerten Produktion gewachsenen Bedarf trachtet es unmöglich den Spitzenanstoß zu sichern.

DAG und Indusriegelwerkstatt Metall haben mit dem Verband metallindustrieller Arbeitgeber-Verbande Gehaltssteigerungen für kaufmännische und technische Angestellte der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen vereinbart. Die Tarifgehälter werden für den Bezirk Köln-Aachen um 13 v. H. und für das gesamte übrige nordrhein-westfälische Gebiet um 15 v. H. erhöht. Die Erhöhung gilt rückwirkend vom 1. September 1950 an.

Das Bankhaus C. G. Trinkaas, Düsseldorf, veröffentlichte eine übersichtliche Darstellung über die Bilanz und die A-Bilanzen d. d. s. insbesondere die Ausführungen des Mitinhabers des Bankhauses Dr. J. Zehn über den Außenhandelsverkehr, wie sie in der bankmäßigen Praxis gehandhabt werden, werden vielen Interessenten willkommen sein.

Zur stufenweisen Instandsetzung und Inbetriebnahme der verbliebenen Werksanlagen der Rheinmetall-Borsig AG wurde jetzt unter der Bezeichnung Rheinmetall AG, Düsseldorf, eine Betriebsgesellschaft gegründet, die vorläufig mit einem AK von 1 Mill. DM ausgestattet wurde. Zum Vorstand wurde Direktor R. H. Herdt bestellt. Der Aufsichtsrat besteht zunächst aus: Oberfinanzpräsident Dr. Witten, Ministerialdirektor Seidel und Bankdirektor Freiherr v. Ostmann, sämtlich Düsseldorf.

Die Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister & Co. AG, Bielefeld, feierte in diesen Tagen ihr 40jähriges Geschäftsjubiläum. Der völlige Wiederaufbau des im Kriege total zerstörten Werkes ist abgeschlossen. Das Verwaltungsjubiläum ist noch für Besatzungszwecke beschlagnahmt. Die Belegschaft ist von etwa 70 bei Kriegsende wieder auf eine Normalstärke von fast 600 Personen angewachsen. Für ihre Altersversorgungskasse wurde eine Jubiläumsgabe von 10.000 DM zur Verfügung gestellt. Der vorliegende Auftragsbestand sichert volle Beschäftigung für Monate. Wie die Direktion mitteilt, haben die Neukonstruktionen die Fortschritte des Auslandes eingeholt und finden auf allen schon vor dem Kriege belieferten Auslandsmärkten guten Absatz. Auch Beziehungen zu osteuropäischen Ländern sind wieder aufgenommen worden.

## Schleswig-Holstein und Hansestädte

Die zur Zeit in Schleswig-Holstein bestehenden 2905 Industriebetriebe arbeiten mit 193.000 Betriebsangehörigen. Davon sind 346 Fischfangbetriebe. Von der Gesamtbelegschaft von 10.900 arbeiten 7.700 Heimarbeitende in den Fischfangbetrieben. Diese Betriebe vertreiben sich auf die verschiedenen Industriezweige, Chemische Industrie 23, Lebensmittelindustrie 31, Gruppe Steine und Erden 28 und holzverarbeitende Industrie 25.

Die 1947 gegründete Textilfachschule in Neumünster hat in den wenigen Jahren eine solche Bedeutung bekommen, daß umfangreiche Neubauten erforderlich wurden. Durch die Einrichtung einer Vorkursfabrik, einer Spinnerei und einer Ausrüstungsabteilung mit Appreturmittel und Färberei ist die umfassende Ausbildung der Schüler gewährleistet.

Am 13. und 14. Oktober tagen in Travemünde nicht — wir wir in Nr. 40 mitteilten — die westdeutschen Papierfabrikanten, sondern der Exportausschuss für Zellulose und Papier.

Bei einem Beschäftigungszustand von durchschnittlich 194.000 Arbeitskräften erreichte die Industrie in Schleswig-Holstein in den ersten Monaten dieses Jahres einen Umsatz

von insgesamt 1,4 Mrd. DM. Mit 230 Mill. DM wurde im August ein neuer Nachkriegsrekord erreicht, der nach den Angaben des Statistischen Landesamtes um 61% über dem Stand vom Januar dieses Jahres liegt.

Bei Borgward, Bremen, lief im Monat September 1950 die Produktion des 4-4-Diesellastwagens und des „Hansa 1300“-Kastenwagens an. Insgesamt wurden im Berichtsmontat 1383 Fahrzeuge der bekannten Typen bergewerlt.

Der Goliath-N-Tonner wird mit Sonderaufbauten für verschiedene Einzelhandelsbranchen hergestellt. Bei einem Treibstoffverbrauch von 6,8 Lit/100 km entwickelt der 400-cm-Zweitaktmotor 14,5 PS, eine Leistung, die dem Wagen eine Geschwindigkeit von 60 bis 70 km/Std. verleiht und mit der er in bergigem Gelände bei voller Belastung jede Steigung nimmt. Durch die tiefe Schwerpunkt-lage, den Hinterradsantrieb und die zweckmäßige und weiche Federung aller drei Räder besitzt der Goliath-Dreizack-Lieferwagen so hervorragende Fahreigenschaften, wie man sie eigentlich nur von einem Viertrabwagen erwartet. Der Lieferwagen mit hochgelegener Fronteizet sich z. B. besonders gut für Eisenwähler, Mehlmüllungen, Bierverläge, Farbenhändler und für den Stückgut-Transport, während der Kasten- bzw. Koffergewinn sich u. a. im Lebensmittelhandel, im Papier- und Büro-mittelhandel und im Feinwaren- und Kleinhandel hervorragend bewährt hat. Neben dem Goliath-Dreizack-Lieferwagen, dessen rechte Seite mit einem großen Verkaufsfenster versehen ist, ist der Stationswagen eine interessante Neuerung. Außer einem Laderraum für 15 Zentner Ware bietet er bequem für 5 Personen Platz und ist sowohl Lieferwagen als auch Personewagen. Durch den kleinen Wendekreis (4,3 m), die tiefe Schwerpunkt-lage und das hohe Antriebsvermögen eignet sich der Goliath-Dreizack-Lieferwagen hervorragend für den Kundendienst im Stadtverkehr und auf schlechten Straßen.

Die Wobbe Radio GmbH in Brunsbüttel, die am 10. Oktober auf ein dreijähriges Bestehen zurückblicken kann und sich vom Benjamin der deutschen Rundfunkwirtschaft zu einem Großbetrieb entwickelt hat, erhöhte jetzt ihr Kapital von 225.000 DM auf 300.000 DM.

## Niedersachsen

Im Monat August wurde, beim Außenhandelskontor Niedersachsen, Aufzucht-erklärungen im Werte von insgesamt 47,07 Mill. DM abgegeben; gegenüber 48,71 Mill. DM im Juli. Davon entfielen auf Fertigwaren (insbesondere Kraftfahrzeuge, Kautschuk, Elektrowaren, Papier und Pappe) 41,29 Mill. (Vor-monat 24,90), auf Rohstoffe und Halbfabrikate (12,80), auf Pferde und Güter der Ernährungswirtschaft 0,80 (0,67) Mill. DM. Die geringere Aufzucht auf Rohstoffen und Halbfabrikate ist auf einen starken Rückgang der Kall-Ausfuhr auf 1,35 Mill. DM gegenüber 11,07 Mill. DM im Juli zurückzuführen.

In den ersten neun Monaten dieses Jahres belief sich die Förderung der braunkohligen Braunkohlenbergwerke auf 5.075.950 t. Im gleichen Zeitraum wurden 873.415 t Braunkohle, 25.050 t Koks und 69.870 t Teeröl produziert. Die Stromproduktion betrug 661.482.950 kWh.

## Ostzone

Der geplante Verbrauch der Hauptnahrungsmittel Fleisch und Fett soll auf Grund des Postjahresplanes der Ostzone ab 1950 den Vorkriegsverbrauch nach Westeuropa übersteigen. Für Fleisch ist ein Jahresverbrauch pro Kopf von 51 kg und für Fett von 27 kg vorgesehen. Dementsprechend soll die Rohproduktion der Landwirtschaft bis zum gleichen Zeitpunkt um 39,8 Prozent gegenüber 19 Prozent erhöht werden. Ein derartiges Entwicklungstempo sei weder in der Landwirtschaft der osteuropäischen Völker noch in der des alten Deutschen Reiches jemals zu verzeichnen gewesen, kommentiert die „Tägliche Rundschau“ am 6. Oktober. Es sei eine Erhöhung der Bruttoproduktion um 90 Prozent gegenüber 1950 vorgesehen.

Zum Schutz der Ostentwicklung sind laut ADN alle im Ostsektor Berlins gelegenen Kommissionsgeschäfte und privaten Pfandleihanstalten geschlossen und durch Beauftragte des Ost-Magistrats treuhänderisch übernommen.

Die Nahrungsmittel-Lieferungen der volkdemokratischen Länder, mit denen die Ostzonenregierung Handelsverträge abgeschlossen hat, belaufen sich in der Zeit von Januar bis August 1950 auf rund 60.000 t. Wie die Ostberliner Handelsministerien mitteilt, davon entfielen 22.000 t auf Weizen, 6500 t auf Hafer, 6000 t auf Gerste, 9000 t auf lebende Schweine und 1300 t auf Butter.

Nach vor den Sowjetunionen sei mit der Bekanntheit eines Handelsvertrages der Ostzonenrepublik mit der Volksrepublik China zu rechnen, teilte ein Sprecher des Finanzministeriums der Ostzone am 4. Oktober mit. Der Vertrag werde der Bevölkerung der Sowjetzone „großartige Perspektiven“ eröffnen und die im Aufbau befindliche Hochseeflotte der Zeeze zum erstmaligen in Aktion setzen.

Im ersten Halbjahr 1950 exportierte Österreich Waren im Wert von 12,5 Mill. Schillingen nach der Sowjetzone und bezug Waren für 13,3 Mill. Schillingen. Österreichische Außenhandelskreise weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich der offizielle Handel zwischen Österreich und der Sowjetzone Deutschland nur auf Kompensationsbasis abwickelt. Im Vergleich zum Handelsvolumen mit der Bundesrepublik erreichte der Handel mit der Sowjetzone nur 2,9%. Über die illegalen Warenlieferungen zwischen Österreich und der Sowjetzone, hauptsächlich zwischen den sowjetischen USA-Betrieben und den „volkswirtschaftlichen Betrieben“ sowie sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) in der Sowjetzone liegen keine Zahlenangaben vor, jedoch soll dieser Handel in einigen Sparten einen solchen Umfang erreicht haben, daß deswegen bereits parlamentarische Anfragen in Österreich eingebracht worden sind.

Der Handel des französischen Mutterlandes mit der deutschen Ostzone ist nach den Statistiken der französischen Zollbehörde in den beiden Sommermonaten Juli und August sozusagen ganz zum Stillstand gekommen. Im August werden überhaupt keine Einfuhren aus der Ostzone ausgewiesen.

# Der „Komekon“

### Das scharfe wirtschaftspolitische Instrument des Kreml im Rubelblock

Der Rat für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Sowjetunion mit den Satellitenstaaten, der in der internationalen Presse vielfach die Bezeichnung „Komekon“ (Kommunistische Ökonomische Internationale) erhalten hat, entwickelte sich seit seiner Gründung im Januar 1949 zu einem immer wichtigeren Instrument der Wirtschaftspolitik des Kreml. Weit davon entfernt nur eine Koordinierung des Warenverkehrs zwischen den Staaten des Ostblocks herbeizuführen, hat er sich mehr und mehr zu der Zentrale der Wirtschaftspolitik der vom Kreml beherrschten Staatengruppe entwickelt. Nach schwedischen Berichten spricht man in Warschau und Prag — wenn auch nur im Flüster — davon, daß der „Komekon“ eigentlich bereits eine Art sowjetischen Kolonialministeriums geworden sei. Während Moskau nicht anerkennen wird, den Marshallplan als eine Verdrängung der westeuropäischen Staaten unter der Herrschaft der Amerikaner hinzustellen, hat sich der „Komekon“, der in seinen Grundzügen von Molotow festgelegt wurde und daher auch „Molotowplan“ genannt wurde, zu einem scharf zentralisierten Apparat der Planung und Verwaltung der Wirtschaft der Staaten des „Rubelblocks“ entwickelt.

In den im Kreml und im Kaitagrad, der Altstadt Moskaus, gelegenen Büros des „Komekon“ sind nach glaubwürdigen Angaben über 2000 Beamte beschäftigt. Rund 70 Prozent davon sind Russen, der Rest setzt sich aus kretinösen Angehörigen der Satellitenstaaten zusammen. Der „Komekon“ ist die Zentrale der Institution, über die alle Zahlungen der Sowjetunion mit den Satellitenstaaten laufen.

Außerdem ist im „Komekon“ die gesamte zentrale Planung für die Investitionen in der Industrie, einschließlich der Rüstungsindustrie der Oststaaten, zusammengefaßt. Die Satellitenstaaten dürfen Vorschläge einbringen, doch nur im Rahmen der Ziele der Moskauer Politik; erst nach der Prüfung durch den „Komekon“ darf die Planung realisiert werden. Vom „Komekon“ gehen auch Instruktionen aus, falls die eine oder andere Maßnahme abgeändert werden soll. So haben nach Berichten von „Stockholm Tidningen“ auch der polnische Sechsjahresplan und der Fünfjahresplan der Tschechoslowakei erst nach Prüfung und Umarbeitung im „Komekon“ ihre endgültige Gestalt erhalten.

Kein Staat des Rubelblocks kann daher seine Produktion und insbesondere seinen Außenhandel selbständig gestalten. Die Außenhandelsminister der Staaten des Rubelblocks sind beständig im Grunde nichts anderes als Filialen des „Wirtschafts“- des Sowjetministeriums für den Außenhandel. Dabei unterliegt es keinem Zweifel, daß diese vom Kreml organisierte „Zusammenarbeit“ vom Altmeister der sowjetischen Außenhandelspolitik, Mikojan, geleitet wird. Nach dem Grundriss, den Molotow entwarf, zieht Mikojan die Fäden dieser sehr realistischen Interessen der Sowjetunion während der Wirtschaftspolitik. Das geht soweit, daß auch alle Kredit- und Finanzierungsverträge, die im Rahmen der Außenhandelsbeziehungen der Sowjetunion notwendig werden, von dieser

zentralen Stelle aus gesteuert werden. Die Neubewertung des Sowjetrubels in Gold im März dieses Jahres und die Festlegung einer neuen Parität zum Dollar (vier Rubel gleich einem Dollar) haben dem „Komekon“ eine bequeme Verrechnungseinheit an Hand gegeben. Der Sowjetrubel ist die Valuta des „Komekon“ geworden. Kein einziger Außenhandelsvertrag der Sowjetunion wird nicht in ausländischer Währung fixiert, sondern, wie noch vor kurzem beim großen sowjetischen Wirtschaftsvertrag mit Finnland, in Rubel festgelegt.

Oberstes Ziel der „Komekon“-Wirksamkeit ist die enge mögliche wirtschaftliche Verflechtung der Oststaaten untereinander und mit der Sowjetunion. Nachdem diese Bestrebungen im Jahr 1949 noch keinen allzu großen Erfolg aufzuweisen hatten, seitige die Tätigkeit des „Komekon“ im Jahr 1949 bereits einblühende Erfolge. Die wirtschaftliche Integration der Satellitenstaaten mit der Sowjetunion ist merklich gesteigert und damit auch ihre wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion größer geworden. Während die Umsätze des Außenhandels der Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien und Bulgarien mit der

Sowjetunion im Jahr 1948 insgesamt nur 850 Mill. Dollar betragen, erreichten sie im Jahr 1949 bereits 1220 Mill. Dollar, stiegen also fast auf das Doppelte.

Es ist bemerkenswert, daß der „Komekon“ sich nicht nur auf eine Kontrolle des Außenhandels und der industriellen Produktion beschränkt, sondern vielen Anzeichen zufolge auch die Lenkung der Arbeitskräfte der Satellitenstaaten anstrebt. Als Fernziel scheint dabei dem Kreml die Lenkung des Arbeitskräftepotentials der seiner Machtsphäre unterworfenen Staaten einzig und allein im Interesse der Sowjetunion vorzuschweben. Die scharf vorangetriebene Industrialisierung der Sowjetunion hat zusammen mit Kriegsverlust an arbeitsfähigen Menschen zu einem Mangel an Arbeitskräften geführt. In diesem Bereich erweisen die Meldungen über den Massensturz von chinesischen Arbeitern in der sibirischen Industrie durchaus glaubwürdige. Chinesische Bergarbeiter sollen sogar im oberchinesischen Kohlengebiet Verwendung gefunden haben. Eine Prüfung der staatlichen Planwirtschaft der Oststaaten zeigt, daß auch in dieser Beziehung der Kreml eine Synchronisierung anstrebt. Alle Pläne der Satellitenstaaten schließen mit dem Jahr 1955, sie gewinnen in diesem Jahr den Anschluß an den Rhythmus der Wirtschaftsplanung des „großen Bruders“, der Sowjetunion.

seitwärtige Aufhebung der Einfuhrzölle für eine Reihe von Textilien erhoben. In Krisen der Baumwollindustrie erklärt man außerdem die Regierungsmaßnahme für ungesetzlich und beabsichtigt, an den Staatsgerichtshof zu appellieren. Man ist der Ansicht, daß die Aufhebung der Zölle auf die Preise der Endfabrikate kaum einen Einfluß haben werde, da eine Kontrolle über die Verwendung der eingeführten Garne praktisch nicht durchgeführt werden könnte. Die Einfuhr von Baumwollgarn müßte ausserordentlich massiv sein und mindestens einen zweimonatigen Bedarf umfassen, um tatsächlich auf die Preise einzuwirken. Dies verleihe jedoch das Problem der Devisenbeschaffung auf. Außerdem sei es fraglich, ob strahlige Mengen im Ausland zur Verfügung stünden. Die gegenwärtig aufgehobenen Zölle belaufen sich für Baumwollgarn auf 15 bis 20 Prozent ad valorem, für Baumwollgewebe auf 20 bis 25 Prozent, für Arbeitskleider auf 22 Prozent. In Krisen der Wolllieferanten ist man der Ansicht, daß die Aufhebung des Einfuhrzolls (bisher 4 bis 5 Prozent) infolge seiner geringen Höhe kaum auf die Preise einwirken könne. Für Wolllieferanten allerdings ist die jetzt aufgehobenen Zölle 30 Prozent. In der Schuhindustrie, die gegenwärtig Lohnkonflikte ausstehen hat, wird ebenfalls gegen die Aufhebung der Zölle (bisher 20 bis 25 Prozent) protestiert.

Der Vorsitzende des französischen Arbeitsverbandes, Vallier, hat anlässlich der Einweihung des 8. französischen Versuchs- und Kontrolllaboratoriums der Hüttenindustrie in Lyon ganz allgemein gegen die „leichtfertige“ Aufhebung von Einfuhrzöllen protestiert.

### Weizenverkäufe an Brasilien

Frankreich hat Brasilien Anfang August dieses Jahres 128.000 t Weizen verkauft, verläuft aus gut unterrichteten Kreisen. Damit wird die VWD-Meldung vom 22. August bestätigt. Damals wurde ein Preis von 2800 sfr je dt für französischen Weizen für Ware mit einem Hektolitergewicht von 76 kg vereinbart. Nach Ansicht brasilianischer Getreidehändler wäre wahrscheinlich heute ein niedrigerer Preis zu erzielen, da sich die Notierungen für Weizen leicht gesenkt haben.

## Die Preissteigerungen in Frankreich

Obgleich der französische Preisindex für Rohstoffe im September von 2714 auf 2801 (1938 = 100) Punkte, d. h. um 3,2% gestiegen ist, spiegelt er nur ungenügend die für einige der wichtigsten Rohstoffe eingetretene Preissteigerung im September wider. So weisen die Indizes für Nickel um 10 bis 30%, für Kautschuk um 7% und für Baumwolle um 5% auf. Den höchsten Preisanstieg weisen immer noch die Textilrohstoffe mit 30% Punkten auf. Der Index des Kautschukpreises liegt bei 3445, derjenige für Holz hingegen nur bei 3218.

Der Preisindex für Halbfertigprodukte weist für September eine Steigerung um 4% von 2478 auf 2583 Punkten auf. Hier betragen die Preissteigerungen für NIC-Metalle 3 bis 14%, für Woll- und Baumwollgarn 4 bis 10%, für Leder 10 bis 25%, für Autoreifen 10%.

Nur der Großhandelsindex für Nahrungsmittel ist im September von 1813 Punkten mit 1780 Punkten, also um 2% gesunken. Der Weizenpreis ist infolge des ersten Anstieges der neuen europäischen Ernte um 20% der Schwereispreis um 4% gesunken, während der Butterpreis um 12%, der Eierpreis um 23% und der Kalbfleischpreis um 8% gestiegen sind. Der für die Pariser Gegend gerechnete Index der Detailpreise ist hingegen um 0,5% von 1925 auf 1927 Punkte gestiegen.

Im Zuge der Maßnahmen der französischen Regierung gegen Preissteigerungen ist verfügt worden, daß eine Reihe von Verbrauchsgütern namentlich veräußert werden soll. Frankreich eingeführt werden kann. Hierunter fallen (Positionen des französischen Zolltarifs): Baum-

wollgarn (934, 935), Baumwollstoffe (973, 974, 1038), Wolllgarn (915, 916, 917), Wolllstoffe (925), Arbeitskleider (971 D, 1073 D), Maschinell hergestellte Bett- und Tischwäsche, Schuhsatz (1143 A, aus 1143 B, 1144 B), Socken (aus 1092 A), Garne aus Harzfäden (aus 938 A) und Gummirollen (724 A und B, aus 724 C).

Da diese Bestimmungen nur vorübergehenden Charakter hat, ist damit zu rechnen, daß die Änderung der wirtschaftlichen Situation die Zollerhebung für diese Güter wieder in Kraft gesetzt wird.

### Industrie protestiert dagegen

Aus allen Kreisen der französischen Textilindustrie werden heftige Proteste gegen die

## Das englische Stahl-Experiment

(Von Dr. Edgar Stern-Rubarth, London)

Am 1. Januar 1951 oder, aus rein technischen Gründen, ein paar Tage später, gehört die britische Eisen- und Stahlindustrie dem englischen Volke. Das war im November 1948, nach harten Kämpfen im Parlament, in denen es über diese Frage sogar zu einer Abänderung der ohnehin beschränkten Vollmachten des Oberhauses kam, von der damals starken Labour-Mehrheit des Unterhauses durchgesetzt worden, aber unter der Annahme eines aus eben jenem Oberhaus stammenden Zusatzes, der das Inkrafttreten des ausgesetzten Beschlusses von einer zwischenzeitlichen Volksbefragung abhängig machte. Hierzulande, wo es das Volksgesetz nicht gibt, heißt das: eine Neuwahl.

Die im Februar d. J. stattgehabte Wahl vereinigte die Labour-Mehrheit um ein paar Mandate, das Resultat einer Gesamt-Stimmenzahl, die zur Mehrheit gut 2 Millionen Stimmen fehlte. Die Opposition besteht in der Hauptsache aus dem moralischen Recht, den Verfassungsbeschlüssen vom Vorjahr durchzuführen; ebenso ein patriotisches Verantwortungsbewußtsein, wenn sie gerade den kritischen Augenblick der Wiederherstellung für Experimente mit der dafür ausschlaggebenden Industrie wählt; und schließlich die Fähigkeit, das — selbst in normalen Zeiten — zum Vorteil einer Industrie, oder ihrer Arbeiterschaft, oder des Volksgutes durchzuführen. Trotzdem fand am 28. September d. J. die entscheidende Abstimmung statt, und bekanntlich wurde der Beschluß mit 396 gegen 309 Stimmen sanktioniert. Aber was da geschah, ist, ist viel zu kompliziert, um außerhalb des direkt beteiligten Kreises voll verstanden oder auch nur erkannt zu werden:

1. Es wird nicht die ganze Eisen- und Stahlindustrie verstaatlicht, sondern im Ganzen nur 107 Firmen, freilich die größten, die ausschließlich Eisen und Stahl produzieren oder doch vorwiegend auf dieser Erzeugung beruhen. Die anderen Unternehmen, die 3000 Tonnenn oder mehr Eisen oder Stahl im Jahre erzeugen, müssen sich eine Lizenz erwirken, die ihnen, bis zur doppelten Höhe ihres Ausstoßes von 1948/49 oder von 25.000 Tonnenn im Jahre, der Verstaatlichung ohne weiteres, bei Vorliegen plausibler technischer Gründe bis zu 100.000 Tonnenn gegebenen Falles, erstehen soll.

2. Unternehmen mit einer Eisen- und Stahlzeugung bis zu 30.000 Tonnenn im Jahr bleiben ebenfalls außerhalb der Verstaatlichung, vorausgesetzt, daß von der Gesamtzahl ihrer Arbeiter und Angestellten nicht mehr als 15% an dieser Grundstoffherzeugung beteiligt sind. Das heißt also, verstaatlichte Großbetriebe — wie im konkreten Falle z. B. die englischen Ford-Werke in Dagenham — mit eigenen, aber nur für die eigene Weiterverarbeitung produzierenden Eisen- und Stahlwerken, können in diesem Rahmen auf eigene Rechnung weiter operieren, ohne von „Regierungsstahl“ abhängig zu sein.

3. Nach (nichtamtlichen) Feststellungen werden hiernach von der Verstaatlichung betroffen: 92% der an der Eisen- und Stahlproduktion beteiligten Firmen, mit 95% der Gesamtproduktion des Landes; rund 200.000 Arbeiter, d. h. 70% der in der Eisen- und Stahlherzeugung beschäftigten Arbeiter. Doch fallen infolge der Verstaatlichung gemäß obigen Punkt 2 nun nicht nur Roh-eisen- und Rohstahl-Erzeugungs-, sondern eine Ummenge weiterverarbeitender

Betriebe in Staatshand, weil sowohl ihre Produktionszahlen, wie der Prozentsatz der in dieser Grundstoff-Erzeugung Beteiligten höher ist als für die Ausnahmen vorgesehen ist. Es wird angenommen, daß rund zwei Drittel der englischen Hühnererzeugung, fast ebensoviel von der Drahtproduktion, 70% der Kaltwalzwerke-Ergebnisse und praktisch fast 100% der Reifen-, Räder- und Achsen-Erzeugung, neben vielerlei weiter verarbeiteten Produkten in Staatshand gelangen.

4. Die Übernahme erfolgt gegen eine Entschädigung, die auf der Grundlage von Börsennotierungen z. Z. errechnet wurde, aber dem wirklichen Wert nicht entspricht. Denn es wird ein Nominalkapital von £ 180 Millionen mit £ 300 Millionen Staatspapieren abgeteilt, nachdem die regierungsmäßig gesicherten Dividendenbeschränkungen zwar bisher eine Höchstverrentung von nur ca. 8% erzielte, die Werke tatsächlich aber in den Nachkriegsjahren steigend zwischen 10% und 15% ihrer Nominalkapitalien verdient haben. Diese Gewinne sind nach allgemeinem Einverständnis nicht auf Kosten der Abnehmerchaft erzielt worden, denn die Eisen- und Stahlpreise sind weniger gestiegen als die irgendwelcher anderen Industrieerzeugnisse, und liegen auch heute weit unter dem allgemeinen Indexstandes nicht auf Kosten der Abnehmer, denn diese haben Lohn- und Lebensverhältnisse, wie kaum anderswo und sie haben seit Jahren keinen Anlaß zu Arbeitskonflikten gehabt; und schließlich nicht auf Kosten der Allgemeinheit, da diese Industrie zu den höchsten Steuersatzern gehört. Vielmehr ist der überwiegende Teil der durch Mehrproduktion und Modernisierung erzielten Gewinne wieder in die Betriebe geflossen und hat den Modernisierungs- und Verjüngungsprozeß weiter intensiviert.

Die Produktions- und Planzahlen sehen wie folgt aus:

Roh-eisen und Legierungen	1927	1948	1949	(1935-50)
Millionen t:	7,41	7,78	9,30	13,5
Rohstahl				
Millionen t:	9,25	12,7	15,58	17,5

Von der politischen Ideologie ganz abgesehen, desgleichen von der Verlockung für die Labour-Partei, bei einer Abstammungsniederlage mit einer Parole vor die Wähler zu treten, über die sie nicht (wie z. B. über Wehrdienst-Erweiterung und Mehrbesteuerung) im eigenen Lager Konflikte hatte, war also die Verlockung fast unwiderstehlich, eine derartig blühende, gesicherte Industrie für den Preis von kaum mehr als zwei tatsächlichen Jahreserträgen in Besitz zu nehmen.

Gerade das wird ihr jetzt vorgeworfen, wo die verstaatlichten Bahnen mit einem größeren Jahresdefizit von £ 20 Millionen aufwarten; obendrein unter Ströke ungenügend entlohnter Angestellten leidend, die Kohle-Industrie, die Fluglinien usw. noch schlechter abscheidend; wenn man die Lasten für das Publikum im Betracht zieht, die das Staatsmonopol ihm auferlegt hat, und wo eine innere Abwendung von, Verstaatlichungs-Dogma auch in der parteirechtlichen Arbeiterschaft schon reichlich erkennbar ist. Schließlich kommt die Tatsache hinzu, daß es dem Versorgungsminister nicht gelungen ist, irgendwelche Nachteile für die Leitung der

### Schwerige Devisenlage Dänemarks

Trotz der Einfuhrbegrenzungen durch Wiederaufhebung von Kontingenten für bestimmte Waren hat Dänemark bereits 100 Mill. dkr. aus der Quote der EZU in Anspruch genommen. Dies beweist deutlich, wie angespannt die dänische Devisenlage sei, schreibt die Kopenhagener „Berlingske Tidende“, die dänische EZU-Quote betrage 1300 Mill. dkr., wovon aber nur ein Fünftel, also ca. 270 dkr., ohne Dollar-Einzahlung im Anliehewege in Anspruch genommen werden können. Falls Dänemark künftig in dem bisherigen Tempo von den Anleihe-möglichkeiten Gebrauch mache, würde das bedeuten, daß die zur Zeit verfügbare Quote noch in diesem Jahre erschöpft sein würde. Damit würde sich die Notwendigkeit ergeben, daß Dänemark Einzahlungen in Gold oder Dollar an die EZU leistet, welche sich für je 100 Mill. dkr. Anleihezahlung auf 20 Mill. dkr. bis 500 Mill. dkr. für je weitere 100 Mill. dkr. auf 40 Mill. dkr. bis 740 dkr. betäufeln. Da Dänemarks Dollarsummen dagegen nur sehr gering seien, müßten sich die Möglichkeiten von Anleihen bei der EZU schnell erschöpfen, schreibt „Berlingske Tidende“.

### Obligationsanleihe

Starke Kursverluste der Prämienobligationen an der Kopenhagener Börse um bis zu 8% werden von Finanzkreisen im Zusammenhang mit Plänen der Aufnahme einer neuen staatlichen Obligationsanleihe über mindestens 100 Mill. dkr. in Zusammenhang gebracht. Finanzminister Kampmann erklärte, daß bisher über eine Anleihe Beschlüsse nicht gefaßt worden sind. Auf der anderen Seite jedoch nimmt der Geldbedarf des Staates immer mehr zu, so daß nicht zu sehen ist, woher die benötigten Mittel genossen werden sollen.

### Vor schwedischen Handelsvertragsverhandlungen mit Dänemark

Nach in der ersten Oktober-Hälfte beginnenden Verhandlungen über den Außenhandel zwischen Schweden und Dänemark, die in erster Linie die Frage der dänischen Freilisten zum Gegenstand haben, von der vor kurzem erfolgten Einschränkung der dänischen Freiliste wird, hat die Hälfte des schwedischen Exports nach Dänemark betroffen, der dadurch in eine schwierige Lage geraten ist. Vor allem ist der Absatz von Holz, Papier, Werkzeugen, Sägen, Sägeblättern, Garn und Bändern beträchtlich erschwert worden. Schweden wird versuchen, für diese Waren wieder Einfuhr-Erläuterungen durchzusetzen. Als Gegenleistung dafür soll der dänische Export von Zucker nach Schweden erhöht werden.

### Anleihestopp der Norwegischen Hypothekbank

Die Verwaltung der Norges Hypothekbank hat allen ihren Vertretungen mitgeteilt, daß neue Anleihen bis auf weiteres nicht mehr bewilligt werden, erklärt VVD aus Finanzkreisen. Die Ausschüttungen auf bereits bewilligte Anleihen werden zur Zeit abgewickelt. Diese Maßnahme dürfte auf den Wunsch der Regierung zurückzuführen sein, die Kreditverhältnisse in so weitgehendem Umfang als möglich zu begrenzen, um eine weitere Verstärkung der inflationistischen Tendenzen zu verhindern. Die Bank hat im vorigen Jahre 3190 Anleihen im Wert von ca. 28 Mill. nkr. begeben, die hauptsächlich in die Landdistrikte gegangen sind.

### Neues schwedisches Kraftwerk

Der schwedische Johnson-Konzern beschäftigt im Jämtland ein Kraftwerk mit einer Kapazität von 25.000 kW zu errichten. Die Baukosten werden auf 45 Mill. dkr. veranschlagt.

### England verlor 45% seiner Investitionen in Übersee

In der Zeit von 1939 bis 1946 verlor Großbritannien 45% seiner Investitionen in Übersee, wie aus einem Bericht der Bank von England hervorgeht. Der Bericht stellt fest, daß die noch vorhandenen überseeischen Guthaben von den während und nach dem Kriege in Übersee aufgelaufenen Schulden „mehr als aufgewogen werden“. In der sechsjährigen Berichtszeit ist der Nominalwert der britischen Investitionen in Übersee von 3345 Mill. Pfund auf 1660 Mill. Pfund Sterling zurückgegangen. Für diesen Verlust an Nominalwert wurde Großbritannien bisher mit Barzahlungen in Höhe von 1333 Mill. Pfund Sterling entschädigt.

### Belgians Export erhöht

Nach einem starken, durch die Hafensperrbestrebungen in Gent und Antwerpen bedingten, Rückgang der belgischen Ausfuhr im August (4390 Mill. sfr) hat sich der belgische Export im September wieder auf 6221 Mill. sfr erhöht gegenüber 6228 Mill. sfr im September 1949. Die starke Besserung der belgischen Ausfuhr ist in erster Linie auf eine bedeutende Zunahme des Exports von Textilwaren auf 2033 Mill. sfr (August: 1173 Mill.) zurückzuführen, der damit einen Höchstwert erreichte. Auch die Metallausfuhr (insbesondere Eisen) erhöhte sich und erreichte 1679 Mill. sfr gegenüber 1163 Mill. sfr im August. Die Ausfuhr von Mineralien stellte sich auf 312 Mill. (August: 270 Mill.), für chemische Produkte auf 619 Mill. (305) und für Maschinen auf 338 Mill. (313) sfr.

Iron and Steel-Corporation zu finden, die den ganzen Komplex der Industrie — von außen unter Beibehaltung ihrer einzelnen Firmen und Unternehmungen steuert, das — trotz ansehlicher Einzahlungen; das Spitzengeld beträgt £ 7500 im Jahr. Bei alledem scheint ein Kompromiß — Churchill offerierte eine Kontroll-Körperschaft wie im Kriege — schwierig, ein nochmaliges Auffrischen des Kampfes um die Verstaatlichung der Stahlindustrie mindestens nicht ausgeschlossen.

## Italiens Produktion steigt

Der amtliche italienische Produktionsindex zeigt für die ersten 7 Monate des laufenden Jahres eine Erhöhung um 11,5% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum.

### Großhandelspreise steigen

Der auf der Basis 1936 = 100 von Statistisches Zentralamt in Rom errechnete italienische Großhandelspreisindex zeigt bis Ende August 1950 folgende Entwicklung:

	1949	(Menschenarbeitskraft) 51,00
1950 Januar	47,32	
Juni	46,71	
Juli	46,83	
August	49,43	

### Gegen Verschärfung der staatl. Kontrollen

Die „Confindustria“ (Spitzenorganisation der italienischen Industrie) beschwört die — vom Produktionsministerium geplante — Wiedereinführung von staatlichen Kontrollen über den Produktionsablauf (Rohstoffkontrolle, Erzeugniskontrolle für neue Betriebe usw.) als verfrüht und „alarmierend“. Nach Auffassung der „Confindustria“ besteht z. Zt. keine Veranlassung, Interventionen und Kontrollen, die ihre Inspiration in einer dirigistischen Wirtschaft

finden\* einzuführen. Es seien zwar verschiedene Anzeichen für eine Konjunkturabflachung in Italien vorhanden, diese berühren sich aber nicht die „Grundbedingungen“ des bisher bestehenden Gleichgewichts.

### Regelung der Kriegsschäden

Ein von der „Confcommercio“ (Spitzenorganisation des italienischen Handels) einberufener Kongress, an dem u. a. führende italienische Nationalökonomien und Industrielle sowie amtliche Beauftragte teilnahmen, forderte in seiner Entscheidung die grundsätzliche Anerkennung der Ersatzpflicht für jeden Kriegsschaden. In dem Beschluß wird die Errichtung einer autonomen Kasse vorgeschlagen, die mit Haushaltsmitteln und Mitteln, die sie u. a. auch aus staatlich garantierten Anleihen aufzubringen hat, der Ersatzpflicht nachkommen soll. Industrieminister Tomasi, der an der Eröffnungsrede teilnahm, erklärte, daß die Regierung eine Lösung versuchen würde, durch die bei dem Ersatz von Kriegsschäden die Produktion und die Beschäftigung gefördert würden. Die Regierung werde dabei bei den Schadensersatzfragen den „produktivsten“ Gesichtspunkt in den Vordergrund stellen.

OECE-Länder mit einem Aktivum abschließend. Über die Entwicklung des Warenverkehrs zwischen Italien und Deutschland liegen folgende Ziffern vor (in 1000 Dollar):

	1. Quart.	2. Quart.	3. Quart.	4. Quart.	1. Quart.	2. Quart.
1949	1949	1950	1950	1950	1950	1950
Einfuhr aus Deutschland	9.173	13.640	20.793	17.717	26.900	32.814
Ausfuhr nach Deutschland	14.305	29.918	19.960	29.407	31.434	18.730

Industrie und die Körnung der ERP-Hilfe zu Abschlüssen in diesem Programm geführt. Es wird nunmehr geschätzt, daß für Maschinen-einfuhren aus den USA in diesem Jahr insgesamt höchstens 70 Mill. \$ verfügbar sein werden. Dementsprechend sollen die Maschinen-einfuhren aus Europa verstärkt und teilweise auch mit Krediten gefördert werden. Ähnlich wie bereits Förderungsmaßnahmen für den Erwerb von Maschinen aus dem Sterlingraum (Abbau des italienischen Aktivsaldo) bestehen.

### Dänisch-italienisches Handelsabkommen

Ein neues dänisch-italienisches Handelsabkommen wurde am 5. Oktober in Kopenhagen unterzeichnet. Das Abkommen, das bis zum 14. Oktober 1951 Gültigkeit hat, sieht italienische Exporte nach Dänemark in Höhe von 78 Mill. dkr. vor. Davon können Waren im Werte von 68 Mill. dkr. auf Grund von Einfuhrkontingenten nach Dänemark eingeführt werden, während der Rest der Importe auf der dänischen Freiliste steht. Die dänische Ausfuhr nach Italien hat einen Gesamtwert von 97 Mill. dkr., wovon die Hälfte ohne mengenmäßige Beschränkungen nach Italien importiert werden kann. Die Differenz zwischen der italienischen und dänischen Ausfuhr in Höhe von 19 Mill. dkr. soll für eine in Kürze zu erwartende dänische Devisenfreigabe für den dänischen Reiseverkehr nach Italien bereitgestellt werden.

### Mehr Maschinen aus Europa

Während der vor der Korea-Krise von antilichen italienischen Stellen aufgestellte Einfuhrplan die Einfuhr von Maschinen aus den USA im Werte von über 100 Millionen \$ vorsah — ein Teil davon sollte in „freien“ F besaßt werden — haben die Ergebnisse der letzten Zeit, u. a. auch die längeren Lieferfristen der USA-

**In allen Branchen**  
in dieser 1/2-Tonne das ideale Transportmittel, der wirtschaftlichste Lieferwagen für Industrie, Handel, Handwerk.

**GOLIATH**  
MIT HINTER-ACHS-ANTRIEB

**GOLIATH-WERK GOMBH. BREMEN**



Welt-Warenmärkte

Beruhigung bei nachgebenden Notierungen

Auch Wolle schwächer — Nur Baumwolle und Kautschuk wieder fester

An den internationalen Rohstoffmärkten scheint sich in diesem Tag und Wochen eine Entwicklung abzuzeichnen, die vielleicht, wenn sie sich als aufreißend herausstellen sollte, das Preisniveau auf lange Zeit hinaus beeinflussen dürfte. Der Preisboom ist eine Folge des Kursrückfalls, der im Juli und August Zeitpunkte der günstigen Wendung der Ereignisse am Kriegshauptplatz in Korea kennzeichnet gewesen ist — wir wollen uns dabei daran erinnern, daß er seinen Ursprung unkontrollierten und unkontrollierbaren Notierungen des privaten und der öffentlichen Marktes verdankt. Diese Notierungen sind, an seine Stelle scheint eine für lebhaftere, lang anhaltendere Notierung zu treten.

ber aus Rosario de Santa Fe, nach Westdeutschland. Der Rest des Weltmarktes für Italien bestimmt. Der Meist ging nach Frankreich.

Das Geschäft am New Yorker Metallmarkt gerät mehr und mehr unter den Einfluß der von Washington ausgehenden Bestimmungen. Anzuges und Verordnungen, zumal da keine Aussicht auf eine Entspannung der Versorgungslage bei Kupfer und Zink besteht. Beide Metalle erlebten daher am grauen Markt auch wie vor Zeiten die weil über die amerikanischen Notierungen hinausgehen. Sie lauten für Kupfer 30 bis 32 1/2 und bei Zink bei 28 bis 30 1/2 je (amerischer) Preis 17 1/2.

Wir haben an dieser Stelle wenige Tage nach Ausbruch des Korea-Konflikts die Meinung vertreten, daß die Vorgänge im Fernen Osten zu einer Belebung der Wirtschaft und, für die notleidenden europäischen Länder, zu einer Aufbesserung führen würden und daß infolgedessen nach 1950 kein Monat mehr vom Marchallplan frei würde.

In Umkehrung des nachgebenden Trends während des Monats September zeigen die nordamerikanischen Märkte für pflanzliche Öle und Fette in der Berichtwoche eine feste Haltung. Anhalt hierzu war die Ungeklärtheit über die Haltung gegenüber Korea zu verhängender Politik. Frühe in den Anbauzeiten von Sojabohnen und die bedeutende Zustellung der ECA an Westdeutschland zum Erwerb von Sojabohnen, Mosterzögele und Fette zeigen keine besondere Fröhen.

Die Notierungen an der New Yorker Baumwollbörsen sind im Vergleich zu den anderen Rohstoffmärkten im allgemeinen ruhiger. Die Baumwolle hat sich wieder erholt, nachdem bekannt geworden war, daß alle Anbaubeschränkungen und marktregulierenden Vorschriften bei Baumwolle für 1951 aufgehoben würden. Der Rückgang indessen war nur kurzzeitig, denn man wurde sich sofort darüber klar, daß auch eine erheblich größere Baumwollenernte in 1951 ohne Behinderungen ununterbrochen werden kann.

Bei im allgemeinen stetiger Tendenz haben sich die Preisveränderungen an den Rohstoffmärkten in der Woche zum 8. Oktober in mittlerem Grade.

Die Nachfrage an den Teerversteigerungen in Kolumbien, Kuba und Jarkara war im allgemeinen recht lebhaft, die Preisbildung jedoch unbeständig.

Die in der vorigen Woche getroffene Aussage, daß die Weltreserven ihren Höhepunkt vollständig überschritten haben, hat sich für die Berichtwoche bestätigt. Von allen Auktionen werden bei so hoher Decker Tendenz Bemerkenswertes dürfte sein, daß sich die Nachfrage von den neuen Merino-Wollen erster Qualität abgewandt hat, und daß dagegen die im Preis weniger stark gestiegenen Kreuzschur- und Combeds gefragt waren.

Die in der vorigen Woche getroffene Aussage, daß die Weltreserven ihren Höhepunkt vollständig überschritten haben, hat sich für die Berichtwoche bestätigt. Von allen Auktionen werden bei so hoher Decker Tendenz Bemerkenswertes dürfte sein, daß sich die Nachfrage von den neuen Merino-Wollen erster Qualität abgewandt hat, und daß dagegen die im Preis weniger stark gestiegenen Kreuzschur- und Combeds gefragt waren.

Die in der vorigen Woche getroffene Aussage, daß die Weltreserven ihren Höhepunkt vollständig überschritten haben, hat sich für die Berichtwoche bestätigt. Von allen Auktionen werden bei so hoher Decker Tendenz Bemerkenswertes dürfte sein, daß sich die Nachfrage von den neuen Merino-Wollen erster Qualität abgewandt hat, und daß dagegen die im Preis weniger stark gestiegenen Kreuzschur- und Combeds gefragt waren.

Die in der vorigen Woche getroffene Aussage, daß die Weltreserven ihren Höhepunkt vollständig überschritten haben, hat sich für die Berichtwoche bestätigt. Von allen Auktionen werden bei so hoher Decker Tendenz Bemerkenswertes dürfte sein, daß sich die Nachfrage von den neuen Merino-Wollen erster Qualität abgewandt hat, und daß dagegen die im Preis weniger stark gestiegenen Kreuzschur- und Combeds gefragt waren.

man den Zoll am 1. Juli wieder eingeführt hat. Schließlich benötigten die USA zu dieser Zeit und jetzt wahrscheinlich noch in weit höherem Maße Kupfer als die anderen Länder. Diese Kupferbedürfnisse brauchten einige der amerikanischen Erzeuger einen Zollschutz, in welcher Weise jedoch eine Zollbelastung von etwa 10 % je kg bei einer Einfuhrmenge von rund 1/2 Mill. t Kupfer im Jahr in einer bereits inflationärsten Atmosphäre für die amerikanischen Volkswirtschaft von Vorteil sein soll, ist wenig verständlich.

Das Geschäft am New Yorker Metallmarkt gerät mehr und mehr unter den Einfluß der von Washington ausgehenden Bestimmungen. Anzuges und Verordnungen, zumal da keine Aussicht auf eine Entspannung der Versorgungslage bei Kupfer und Zink besteht. Beide Metalle erlebten daher am grauen Markt auch wie vor Zeiten die weil über die amerikanischen Notierungen hinausgehen. Sie lauten für Kupfer 30 bis 32 1/2 und bei Zink bei 28 bis 30 1/2 je (amerischer) Preis 17 1/2.

Die Erwartung, daß die ruhigeren Stimmung an den Metallmärkten vorerst von länger Dauer sein wird, dürfte gerechtfertigt sein. Insofern ist daran zu erinnern, daß die politische Lage in Ostasien noch keinesfalls geklärt ist, wenn auch die südkoreanischen Truppen ihren Vormarsch in Nordkorea fortgesetzt haben, und trotz aller gegenseitigen Behauptungen von beider Seite der Krieg in Korea zugunsten der freundschaftlichen Welt entschieden sein dürfte. Dafür kommen jetzt Unruhen in anderen Teilen Ostasiens auf, und es ist kaum daran zu zweifeln, daß Moskau hinter diese Aktionen steht, die die Nordkoreaner nur mit Hilfe der sowjetischen Unterstützung wagen konnten, ihren Angriff auf Südkorea zu starten. Zinn und Gummi sind rüstungswichtig, als daß die an beiden Rohstoffen unzulänglich versorgte Rüstungswirtschaft in Ostasien entwickeln. Moskau ist ein ständiger politischer Urheber in diesen Gebieten, um im Frieden Frieden zu können. Das mag der Grund dafür sein, daß sich immer eine gewisse Rivalität bei den Metallverarbeitern für die nächste Zeit die Oberhand behalten wird. Wie dem auch sei, die heutige Preisbildung bei Metallen muß sich auf die Dauer in einer Richtung der Erzeugung auswirken. Mit steigendem Angebot wird dann auch ein Rückgang der Preise eintritt, der die Preisbildung nicht ausbreiten. Der Höhepunkt der Notierungen am den Metallmärkten scheint damit zumindest vorerst überschritten zu sein.

Kupfer: Dieser Markt liegt weiter außerordentlich fest. Das kann auch nicht überraschen. Im August ist die amerikanische Kupferproduktion von dem Vereinigten Staaten von 27.000 t im Vormonat auf nicht weniger als 33.000 t abgesetzt worden, und der Verbrauch in den ersten acht Monaten 1950 lag mit 24.214 t ab 1949 gegen 24.125 t ab 1948. Der Auftragsbestand bei den Kupferverarbeitern betrug Ende August 252.350 t ab 1949 gegen nur 175.000 t ab Ende Januar. Es ist also die amerikanische Wirtschaft, die bisher die Preisbildung für Kupfer maßgeblich bestimmt. Dieser Einfluß der Kupferindustrie wird, wenn die Kupferproduktion im nächsten Jahr sich nicht erhöhen wird, sich nicht mindern dürfte. Die Notierungen, daß in der Frage des amerikanischen Kupferertrages für die nächsten Zeit eine Entscheidung fallen wird, scheinen zu trügen. Man vermutet, daß sich der Konflikt erst Mitte November entscheiden wird, bis dahin wird die Exportmenge wieder mit 24,90 t angegeben. Die Notierungen, daß in der Frage des amerikanischen Kupferertrages für die nächsten Zeit eine Entscheidung fallen wird, scheinen zu trügen. Man vermutet, daß sich der Konflikt erst Mitte November entscheiden wird, bis dahin wird die Exportmenge wieder mit 24,90 t angegeben. Die Notierungen, daß in der Frage des amerikanischen Kupferertrages für die nächsten Zeit eine Entscheidung fallen wird, scheinen zu trügen. Man vermutet, daß sich der Konflikt erst Mitte November entscheiden wird, bis dahin wird die Exportmenge wieder mit 24,90 t angegeben.

Table with 2 columns: 'Frankfurt' and 'Hamburg'. Each column lists various commodities and their prices. Frankfurt includes items like AEG, Brown, Boveri, Budewa, Chem. Albert, Degussa, Deutsche Erdöl, etc. Hamburg includes items like Accum, Bekas, Bremer Woll, Demag, Deutz, Dynamit Nobel, etc.

man den Zoll am 1. Juli wieder eingeführt hat. Schließlich benötigten die USA zu dieser Zeit und jetzt wahrscheinlich noch in weit höherem Maße Kupfer als die anderen Länder. Diese Kupferbedürfnisse brauchten einige der amerikanischen Erzeuger einen Zollschutz, in welcher Weise jedoch eine Zollbelastung von etwa 10 % je kg bei einer Einfuhrmenge von rund 1/2 Mill. t Kupfer im Jahr in einer bereits inflationärsten Atmosphäre für die amerikanischen Volkswirtschaft von Vorteil sein soll, ist wenig verständlich.

Die Erwartung, daß die ruhigeren Stimmung an den Metallmärkten vorerst von länger Dauer sein wird, dürfte gerechtfertigt sein. Insofern ist daran zu erinnern, daß die politische Lage in Ostasien noch keinesfalls geklärt ist, wenn auch die südkoreanischen Truppen ihren Vormarsch in Nordkorea fortgesetzt haben, und trotz aller gegenseitigen Behauptungen von beider Seite der Krieg in Korea zugunsten der freundschaftlichen Welt entschieden sein dürfte. Dafür kommen jetzt Unruhen in anderen Teilen Ostasiens auf, und es ist kaum daran zu zweifeln, daß Moskau hinter diese Aktionen steht, die die Nordkoreaner nur mit Hilfe der sowjetischen Unterstützung wagen konnten, ihren Angriff auf Südkorea zu starten. Zinn und Gummi sind rüstungswichtig, als daß die an beiden Rohstoffen unzulänglich versorgte Rüstungswirtschaft in Ostasien entwickeln. Moskau ist ein ständiger politischer Urheber in diesen Gebieten, um im Frieden Frieden zu können. Das mag der Grund dafür sein, daß sich immer eine gewisse Rivalität bei den Metallverarbeitern für die nächste Zeit die Oberhand behalten wird. Wie dem auch sei, die heutige Preisbildung bei Metallen muß sich auf die Dauer in einer Richtung der Erzeugung auswirken. Mit steigendem Angebot wird dann auch ein Rückgang der Preise eintritt, der die Preisbildung nicht ausbreiten. Der Höhepunkt der Notierungen am den Metallmärkten scheint damit zumindest vorerst überschritten zu sein.

Table titled 'Metallpreise vom 8. 10. 50'. It lists prices for various metals: Kupfer (230.50), Zinn (175.00), Aluminium (160.00), etc.

Table titled 'Deutsche Börsen'. It shows stock market data for various companies and indices, including 'Frankfurt', 'Hamburg', 'München', and 'Stuttgart'.

# Deutsche Industrie-Ausstellung Berlin

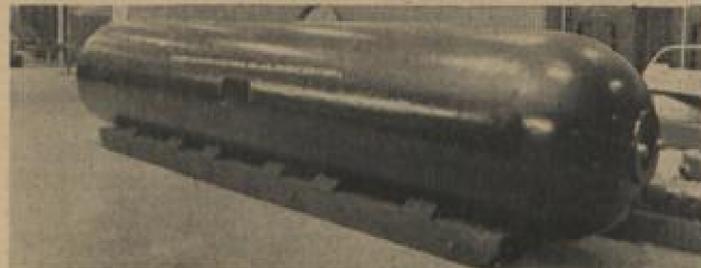
Seitdem die 1. Deutsche Industrieausstellung 1930 am Funkturm ihre Pforten geöffnet hat, ergibt sich fast ununterbrochen ein Strom von Besuchern durch ihre Pforten, und wenn Berlin schon seit dem Ende des Krieges als Viersektorenstadt flüchtig als eine internationale Stadt bezeichnet werden kann, in der man Englisch neben Französisch und Russisch in den Straßen hören kann, so ist auf der Ausstellung, insbesondere auf dem Platz der Nationen, manchmal ein babylonisches Sprachengewirr. Der Funkturm ist zum Treffpunkt der freien Welt geworden, die Deutschland und insbesondere Berlin allmählich wieder als einen gleichberechtigten Partner anzusehen beginnt. Das sagte die große Zahl von Ausländern von Rang und Namen, die an der Eröffnung der Ausstellung teilnahmen.

Es wäre ein vergebliches Unterfangen, im Rahmen eines kurzen Berichtes auf alles einzugehen, was das Auge und in der Halle I West, der Halle der Funkindustrie, auch das Ohr aufnehmen muß, ganz zu schweigen vom Freigelände, das gleichfalls mit Ausstellungsobjekten übersät ist. Wir wollen deshalb versuchen, der Bedeutung dieser Ausstellung einmal an Hand der dickliegenden Ausstellungskataloge beizukommen. Nicht weniger als 1000 Firmen aus Westberlin und Westdeutschland haben ihre Erzeugnisse ausgestellt, die 1934 verschiedene Warenarten umfassen. Der Weg durch die Hallen hat eine Länge von fünf Kilometern. Und doch hat Professor Erhard bei einem nochmal-

nicht nur dem Laien imponieren müssen. Sie ist eine Spitzenleistung der Schmiedetechnik. Diese Kurbelwelle hat 6 Nübe bei einer Länge von 2,5 m, einem Hubradius von 280 mm und einem Gewicht von 26 Tonnen. Von rollendem Material ist ein Nachsatz für eine moderne Schnellzuglokomotive zu sehen, der mit einem Laufkreisdurchmesser von 230 m selbst einen großen Menschen erheblich überragt. Besonders Interesse finden beim Fachmann die wasserfesten, plattierten Bleche, bei denen ein Deckblech mit der Stahlgrundblech so innig und unlösbar verbunden ist, daß man von Blechstählen mit zersplitterter Eigenschaft und Verwendungsmöglichkeiten spricht. (Wegen der besonderen Bedeutung dieser Schau bringen wir im An-

schluß an diese Übersicht einen besonderen Bericht über Halle VIII.)

In der gleichen Halle stellt die Fachvereinigung Edelstahl aus, der Stahlbauverband, die Fachvereinigung Gießereien, die Wirtschaftsvereinigung Ziehereien und Kaltwalzwerke sowie der Wirtschaftsverband Stahlverformung. Während an den Einzelständen der Aussteller in den Hallen kleine Konferenzen zwischen ernsthaften Interessenten und den ausstellenden Firmen abgehalten werden, die in vielen Fällen zu Aufträgen und damit zu einer Erleichterung der Wirtschaftslage auch für die Westberliner Industrie führen werden, konzentriert sich das Interesse der Masse der Besucher auf die mehr repräsentativen Schauen der USA, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, der Schweiz und Belgiens auf dem Platz der Nationen. Das gläserne George-Marshall-Haus mit dem ERP-Fahnenmast ist der Mittelpunkt auf dem Platz der Nationen. Viel beachtet ist der italienische Pavillon, der einen Querschnitt durch das italienische Industrieleben und das Handwerk bietet. Im Schweizer Pavillon werden Gedächtnis von Textilien und Uhren dem Besucher gezeigt und der Anziehungspunkt des britischen Pavillons ist die Perseustrasse, die ständig überfließt und teilweise verstopft ist, obwohl es fast laufend Perseuströme bringt. Im französischen Pavillon zeigt Frankreich u. a. Pelze und andere Erzeugnisse seiner Industrie, das amerikanische Original-Einfamilienhaus ist ein weiterer Anziehungspunkt der Ausstellung, vor dem lange Menschenlangen auf Einlaß wer-



Elektrisch geschweißte Kesseltrammel mit einem Durchmesser von 1480 mm und einer Wandstärke von 41 mm, Gewicht 18,5 t (Klein, Hübnerwerke AG, Mühlheim/Ruhr)



Der Stand der Fa. Karl Fischer, Apparate- und Rohrleitungsbau; im Hintergrund Teil einer sauberen Gießerei-Destillationsanlage; Leistung: 10 000 kg stündlich ausgeführt für die Gesellschaft für Markt- und Kältehallen, Berlin. — Im Vordergrund links eine Trükmangananlage (System Bühler) für Gasmasse zur HSOI-Anlage der Zellulosechemie GmbH, mit ERP-Hilfe erbaut.

gleichzeitig fand die „Deutsche Weltwirtschaftsausstellung 1936“ statt. Vom 2. bis 4. Oktober tagte der „Deutsche Volkswirtschaftskongress“ und vom 3. bis 7. Oktober führte die Zentralvereinigung deutscher Handelsvertreter und Handelsmakler eine Arbeitsberatung durch. Weiter tagten am 3. Oktober die Fachgemeinschaft „Funkt“ am 4. Oktober die Kautschuk-Industrie und die Firmen des Industrie-Ölens, am 4. Oktober die optische Industrie und die Feinmechanische Industrie, am 7. Oktober die Elektroindustrie und am 8. Oktober die Büro- und Schreibmaschinenfabriken und der Handel. Vom 12 bis 14. Oktober schließt sich eine Tagung der Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz an.

Trotz aller östlichen Bemühungen, dieses Schaufenster der Welt am Funkturm für Augen und Ohren Ostdeutschlands und Ostberlins zu schließen, zeigt das rege Interesse der Ostberliner und Ostdeutschen, daß alle Bemühungen in dieser Richtung fruchtlos sind. Im Gegenteil, über alle Zensuren hinweg fliegen die kleinen Ballons des Luftballon-Wettbewerbs der Kinder, die fast passiv von vier Punkten des großen Nordpols auf dem Ausstellungsgelände aufsteigen und mit den jetzt vorherrschenden Westwinden ihren Weg nach Osten nehmen. Sie brauchen keinen Interzonenpaß, sondern nur eine Karte mit dem Absender. Absender und Finder des am weitesten geflogenen Ballons werden mit Preisen bedacht werden. Als Bote aus einer freien Welt entscheiden sie dem Besucher der Ausstellung als kleine Plättchen verschiedener Farbe ein geliches Horoskop.



Elektrisch geschweißte Kesseltrammel mit einem Durchmesser von 1480 mm und einer Wandstärke von 41 mm, Gewicht 18,5 t (Klein, Hübnerwerke AG, Mühlheim/Ruhr)

blättern veranlassen. Damit verbunden sich ungewöhnliche Begriffe, die sich in der Vorstellung vom Rohgebiet zu einem Gesamtbild vereinen.

## Der Aufmarsch in Halle VIII

Die Gesamtchau der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie hat einen wesentlichen Ausschritt daraus in die Halle VIII gestellt, und hier stellen Stahl und Eisen, obwohl sie nicht von Pappe sind, den Reichtum der Möglichkeiten unter Beweis, der sich mit diesem Material in allen seinen Formen auch in Hinsicht auf die dekorative Wirkung erzielen läßt. Stahl ist nicht nur schwer, sondern auch leicht, steif, die hin und wieder gerade, sichtlich das blitzende und kühle Metall mit den Fingerspitzen betastenden Besucher fest. Stahl hat nicht nur Gewicht, Stahl federt und schwingt und biegt sich — und so ist der Siegemann das Emblem des Stahls. Die Stahltechnik hat Verfahren entwickelt, die keinerlei Lötverbindung bei der Formgebung mehr unmöglich machen. An der Spiralleiste der Haupthalle schwingt eine nachlose Rohrschlange aus rostfreiem Nickelstahl als Spirale aufwärts, sich nach oben verjüngend und die Möglichkeiten vielleicht endlosen Aufsteigens andeutend. Freilich, für Frauen ist Stahl im allgemeinen eine wenig attraktive Angelegenheit. Aber hier werden sie gefesselt von der Eleganz der dem stählernen Material aufgewungenen Form. Hier zeigen sich die Beziehungen zwischen Stahl und Architektur. Aber Stahl ist überall. In der Nachbarschaft der Rohrschlange, die aus einer Pyramide von Rohrprofilen aufsteigt, Stahl aus der schweren Klasse. Eine Meisterleistung der Schmiedetechnik unter den Kurbelwellen die größte mit 26 000 kg Gewicht, Fliehkraft, eine geschmiedete Kaltwalze aus Chromstahl, Achsen für Walzwerke und Gesteinsbrecher.



Rohrschlange aus rostfreierem Stahl (Mannesmann)

wie er in den Hüttenwerken, Walzwerken, Schmiede- und Drehwerken be- und verarbeitet und in die ungemein vielfältigen Formen gebracht wird, das ist in zahlreichen Schaubildern großen Formats festgehalten. Zum Teil nichts, wenn die Feuer über dem Gebiet der westdeutschen Stahlindustrie weithin sichtbar sind, aufgenommen, ist in diese Bilder manches von jenem großartigen Zauber eingebracht, den man die Romantik der Stahlwelt nennen könnte. Sie ist ja auch ein Bestandteil jener landschaftlichen Eigentümlichkeiten, die dem Stahlverleiher und seinen Menschen, die sich mit Fleiß und Hingabe dem Eisen und Stahl und damit der Gewinnung von für den Fortschritt der Zivilisation wichtigsten Güter verschrieben haben, das Gepräge gibt.

## Der Mensch bei Eisen und Stahl

Von diesen Menschen, von der sozialen Sorge um sie und ihre Familien in der Stahlindustrie, von ihrem Berufsleben, ihrem Zusammenwirken im Betrieb, ihrem Wohnen und Feiern, von der Betreuung ihrer Gesundheit, von ihren Beziehungen zu Eisen und Stahl und damit zu ihrer eigenen Lebensaufgabe ist in einer eindrucksvollen gestalteten Vorhalle die Rede. Die sozialen Gesichtspunkte, die man sich für die Betreuung des Menschen in der Eisen schaffenden Industrie zur Richtschnur nimmt, sind hier in Wort, Bild und graphischen Darstellungen unter dem Leitwort „Der Weltfriede kann auf die Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden“ an zahlreichen Tatbeispielen aus dem Personal- und Sozialwesen der Werke ebenso aufschlußreich wie überzeugend gekennzeichnet. Der Besucher gewinnt hier den Eindruck, daß „Der Mensch bei Eisen und Stahl“, so ist die Schau in der Vorhalle benannt, nicht als ein Mittel zum Zweck angesehen wird. Er rangiert vor dem Zweck — wie es der volkswirtschaftlichen und sozialen Bedeutung der Eisen- und Stahlherzeugung entspricht.

## Stahl im Verkehr

Stahl und Verkehr sind untrennbare Begriffe. Das wird förmlich sichtbar an dem Menschen, die in der Halle neben dem weit über ihre Größe hinausragenden Radetz für eine Schnellzuglokomotive verweisen, neben den Stahlprofilen, den Weichen, Kreuzungen



Radetz für moderne Schnellzuglokomotive; Laufkreisdurchmesser: 2300 mm, Gewicht: 2000 kg (Bochumer Verein)

und anderen Elementen für den Eisenbahnbau, den kaltgewalzten Feinstablen für Teile der Kraftwagen-Karosserien. Stahl ist, das wird hier offensichtlich, nicht nur überall, sondern in der täglichen Umwelt des Menschen in tausenden von Formen.

## Zahllose Profile

Zehntausende von Formweisen werden im Walzwerk erzeugt. Etwa 7500 Ausführungen müßte allein eine Produktionsumfassung, würde sie vollständig sein. So hat man sich auf die gebräuchlichsten beschränken müssen. Unter dem Wasserbegriff sind Rumpffprofile zu sehen, die bis zu einer Länge von 50 m gewalzt werden. Spundwandprofile, Kanaldiele, mit dekorativem Gesicht in das Gesamtbild des Hallenraumes hineingestellt, ständert von Großblechtafeln und Feinblechen, von gewichtigen Rohstahlblöcken, und zum Abschluß des Hallendeckels Offeldrohre, in verschiedenen Größen wie Orgelpfeifen aneinandergereiht, so rundet sich das stählerne Bild. Es ist erstaunlich, auf wie viele markante Punkte es sich konzentriert, ohne die eine imponierende Übersicht vermittelnde Geschlossenheit zu verlieren. 10 500 kg wiegt die geschwächte Kesseltrammel, ein Musterbeispiel für die Leistungsfähigkeit der Schweißtechnik. Für den Rahmen aber, in dem diese Stahlgiganten zur Schau gestellt sind, fand man eine ganz ausgezeichnete Lösung durch die Abgrenzung des Hallenraumes durch Stahlrohre in Verbindung mit dem Baustahlgewebe. Worauf eine ganz hübsche Hinweis, das wird hier an einem weiteren Beispiel aus der Praxis sichtbar: Stahl überall. Nämlich auch als Träger anderer Baustoffe. Stahl trägt Putz und andere Verkleidungen. Als Betonbewehrungsstahl spielt er eine erhebliche Rolle in der ständigen Nähe des Menschen in den Räumen und dennoch im Verborgenen. Stahl bedeutet also mehr, als man ahnt.

## Der Weg zum Stahl

Woraus er entsteht, wie der Weg vom Erz zum Roheisen und schließlich zum Stahl führt,



Druckkörper und -behälter für hohe Drücke (Stahl- und Hübnerwerk Reibahn); im Hintergrund schließt sich der Stand der Fachvereinigung Edelstahl an.

# Stahl überall

(Von unserem zur Industrie-Ausstellung Berlin 1936 entsandten Redaktionsmitglied)

Stahl ist überall. Er ist im Material aller eif Hallen auf dem Messinglande am Berliner Funkturm, diesem stählerne Hissen, in den Motoren, Karosserien und Chassis der Kraftwagen, die sich vor den Hallen auf den Parkplätzen drängen. Aber auch zu allen Ausstellungsständen, die auf insgesamt 20 000 qm Fläche in den Hallen und auf dem Freigelände der Deutschen Industrie-Ausstellung Berlin 1936 zu sehen sind, stehen Eisen und Stahl in

der Produktion auf das dringend erforderliche Maß abzusinken. Denn die Singierung der Stahlherzeugung ist entscheidend für die Wiederherstellung eines ausreichenden deutschen industriellen Potentials überhaupt.

## Stahl gibt Arbeit

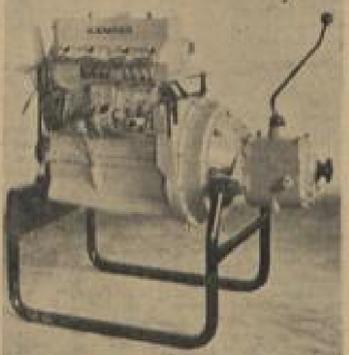
Nicht zuletzt resultiert sicherlich auch aus dieser Binsenwahrheit, daß Stahl- und Eisenfragen auch die breiten Schichten der Bevöl-



Im Vordergrund Teilansicht des 37 m langen und 1 m breiten Breiflansenträgers, einer Hochleitung von Heide-Peine. Dahinter Endstück eines Drehrohrenpanzers mit Schweißnähten von 8 m (Hersteller: Hüttenwerk Hagen)

unmittelbarer Beziehung. Wenn nicht mit einem Anteil am verwendeten Material, denn zumindest mit der Beteiligung von Stahl in der Produktion aller Zweige der Fertigungsindustrie, denn Stahl ist überall. In allen Maschinen, Werkzeugen, Geräten, in jedem Aggregat. Weit mehr als den Menschen im allgemeinen bewußt ist, stehen sie im beruflichen und privaten Leben, bei Verkehrsmitteln und im Haushalt, bei der Dekoration ihres Bedarfs an allen lebenswichtigen Gütern, bei den Bemühungen um die Sicherung ihres Anteils am Sozialprodukt in engerer Beziehung zum Stahl und seinen Vorstufen, dem Erz und Eisen. Anzunehmender ist das seit langem nicht in einer imponierenden Darstellung ausgestellt wurden, als in der Eisen- und Stahlhalle auf der Deutschen Industrie-Ausstellung Berlin 1936, und um so bedeutsamer ist das, als es zu einem Zeitpunkt geschieht, an dem sich für die Eisen schaffende Industrie Westdeutschlands endlich Aussichten auf die Ausweitung

herung ungewöhnlich lebhaft bewegen. Stahl ist ja überall. Stahl ist der meistverwendete Werkstoff aus Eisen, ein Material, unentbehrlich für nahezu alle Einrichtungen der Zivilisation der Gegenwart und Zukunft. Stahl gibt Arbeit und ist ein Fundament für ein Kraftfeld, auf dem sich in friedlichem Fleiß eine gesunde und Spannungen überflüssig machende Verteilung des Sozialproduktes entwickeln kann. Das sind Gedankengänge, die verständlich machen, daß nicht allein die Fachwelt, sondern auch das große Publikum Stahl und Eisen auf einer derartigen Veranstaltung wie der Industrie-Ausstellung ein geradezu verblüffendes Maß an Aufmerksamkeit zuwenden. Nun hat das allerdings zweifelslos seine Ursache darin, daß Stahl und Eisen zu der Vorstellung von Feuer in den Hüttenwerken, sprühenden Funkenregen an den Abzügen der Hochöfen, Glühstrahlen an den Wasserstrahlen, Stahlblöcken unter den Giganten von Schmiede-



Die Klinger-Motoren A.G., Berlin, zeigt neben anderen Motoren den sehr selten vorkommenden Verwendungszweck besonders beliebten Einbaudieselmotor 4 D 16 mit einem Hubraum von 4,5 l und einer Drehleistung von 90 PS als Fahrzeugmotor ebenso geeignet wie als Schiffsmotor und als stat. Motor.